

Einwohnerratssitzung 2005/2006

Protokoll Nr. 7

Sitzungsdatum **Donnerstag, 06. April 2006**
Sitzungszeit 16:00 Uhr – 19:55 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Yvonne Rösli
Direktwahl 041 329 63 09

07. April 2006 ry

Anwesend

Präsident	Thalmann Robert
Einwohnerrat	28 Mitglieder Müller Ursula (bis 19:00 Uhr) Stutz Daniela (bis 19:10 Uhr)
Gemeinderat	4 Mitglieder Peter Bruno (bis 19:20 Uhr)
Gemeindeschreiber	Lang Robert
Protokoll	Renggli Alexandra Rösli Yvonne

Entschuldigt

Einwohnerrat	Beutler Konrad
Gemeinderat	Achermann Bruno

Traktanden

1. Mitteilungen Seite 278
2. Motion Stutz und Mitunterzeichnende: Aufnahme der langfristigen Option einer Stadt- / Trambahn Kriens in den Verkehrsrichtplan der Gemeinde Kriens Nr. 091/05 Seite 278
Die Motion wurde zurückgezogen.
3. Bericht und Antrag: Umsetzung des Verkehrsrichtplanes – Zwischenbericht per 31.12.2005 Nr. 106/06 Seite 279
4. Bericht und Antrag: Integrierter Informatikunterricht an der Primarstufe Nr. 107/06 Seite 295

Neueingänge

- Nr. 114/06 Interpellation Heiz und Mitunterzeichnende: Einführung und Prüfung von Tempo 30-Zonen
Eingang: 17.03.2006 / BD
- Nr. 115/06 Interpellation Heiz und Mitunterzeichnende: Mitglied in Vereinen, Verbänden, Organisationen, Institutionen etc.
Eingang: 17.03.2006 / PD
- Nr. 116/06 Motion Schwarz/Kiener und Mitunterzeichnende: Realisierung von Sofortmassnahmen zum Erhalt des Kulturobjektes "Unter-Ey"
Eingang: 28.03.2006 / PD
- Nr. 117/06 Motion Schwarz/Kiener und Mitunterzeichnende: Qualitätsanspruch für unser Zentrum
Eingang: 28.03.2006 / BD
- Nr. 118/06 Motion Schwarz/Kiener und Mitunterzeichnende: Schaffung und Äufnung eines Fonds zum Erhalt und Schutz von historischen Kulturobjekten
Eingang: 28.03.2006 / PD
- Nr. 119/06 Bericht und Antrag: Planungsbericht Familienergänzende Kinderbetreuung und Tagesschule

1. Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Robert Thalmann begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Konrad Beutler und Bruno Achermann haben sich entschuldigt.

Die Jahresrechnung 2005 wurde heute den Mitgliedern des Einwohnerrates abgegeben. Diese wird an der nächsten Einwohnerratssitzung am 18. Mai 2006 behandelt.

Gemäss Bruno Peter musste Kriens in den vergangenen Wochen Verluste von verschiedenen Arbeitsplätzen zur Kenntnis nehmen. Mit der Eröffnung des Pilatusmarktes im Schlund wurden ca. 300 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dies wurde möglich, weil der Einwohnerrat im Februar 1998 demokratisch und mit stättlicher Mehrheit dem Einkaufszentrum Schlund zugestimmt hat. Der Gemeinderat Kriens heisst die neuen Arbeitgeber und ihre Mitarbeiter herzlich willkommen und hofft, dass mit dieser Ansiedlung Impulse für das ganze Arbeitsplatzgebiet Eichhof-Schlund ausgelöst werden.

Robert Thalmann stellt fest, dass keine Änderungsvorschläge zur Traktandenliste vorliegen.

2. Motion Stutz und Mitunterzeichnende: Aufnahme der langfristigen Option einer Stadt- / Trambahn Kriens in den Verkehrsrichtplan der Gemeinde Kriens Nr. 091/05

Gemäss Robert Thalmann hat Daniela Stutz mit Schreiben vom 17. März 2006, welches dem Einwohnerrat zugestellt wurde, mitgeteilt, dass sie ihre Motion zurückziehen wird.

Gemäss Daniela Stutz ist für die einen die Aufnahme der langfristigen Option einer Stadt- / Trambahn Kriens in der Verkehrsrichtplan (VRP) eine Vision, für andere ein Hirngespinnst und für wieder andere ist dies einfach zu teuer. Die Motionäre zählen sich zu den Visionären und wollten vor lauter Eifer ihre Vision im VRP niedergeschrieben haben. Sicher haben nicht alle Mitglieder des Einwohnerrates den ganzen VRP oder dieser ist nicht mehr so „geläufig“ wie bei der Absegnung 1992/1993. Dabei war die Vision Agglomerationsbahn bereits vor über zehn Jahren ein grosses Thema und fand den Niederschlag im VRP. Es würde sich also heute nur um eine Namensänderung handeln und nicht um eine neue Aufnahme. Die Motionäre würden es begrüssen, wenn die VRP überarbeitet wird, dass der Name Agglomerationsbahn mit der Bemerkung „Stadt- / Trambahn Kriens“ ergänzt wird.

In diesem Sinne ist die vorliegende Motion gegenstandslos und wird zurückgezogen. Die Sprecherin dankt für die Kenntnisnahme.

3. Bericht und Antrag: Umsetzung des Verkehrsrichtplanes – Zwischenbericht per 31.12.2005 **Nr. 106/06**

Robert Thalmann begrüsst als Sachverständigen Fritz Rast, Leiter Tiefbauamt. Er teilt mit, dass nach dem Eintreten die Detailberatung für den Bericht und Antrag und den Zwischenbericht stattfindet. Weiter wurden verschiedene Anträge verteilt.

Gemäss Franz Baumann hat sich die Baukommission auf den aktuellen Stand in der Sache „Umsetzung Verkehrsrichtplan (VRP)“ setzen lassen. Der VRP ist bald einmal 15-jährig. In dieser langen Zeit haben sich Ansprüche und Rahmenbedingungen zum Teil gewandelt und es sind vermutlich auch ein paar Sachzwänge entstanden. Es ist aber auch möglich, dass sich in diesen 15 Jahren neue, bessere Möglichkeiten ergeben haben.

Es gibt Grundsatzdiskussionen, auch in der Baukommission. Die Meinungen, beispielsweise zu Tempo 30 oder zu Strassenunterbrechungen, sind gegensätzlich, teils fundamental. Solch grundsätzliche Haltungen sind oft Hindernisse für einen machbaren Entscheid - aber so ist es eben, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft oder in der Familie. Nur gerade mit 4:3 Stimmen ist in der Baukommission die Strassenunterbrechung Pulvermühleweg/ Feldmühlestrasse als Option im VRP „drin“ geblieben. Vorgesehen wird jedoch Tempo 30 in diesem Quartier, damit diese Route durch ein bevölkerungsreiches Wohnquartier nicht als attraktiver und zügig befahrbarer Schleichweg genutzt wird.

Es hat in der Baukommission zu den einzelnen, im Beschlusstext erwähnten Änderungen im VRP kaum kontroverse Meinungen gegeben. Offensichtlich gibt es aber trotzdem noch Vorbehalte, oder dann hat im Abstimmungsergebnis halt immer noch eine fundamentale Haltung „pro oder contra“ oder eben die Grosswetterlage mitgespielt.

Die Baukommission stimmt nämlich dem Beschlusstext ohne Gegenstimmen zu, nämlich mit 3 zu 0. Die 7-köpfige Kommission ist komplett gewesen, d.h. 4 BK-Mitglieder haben sich dem Ja oder Nein enthalten. Der Sprecher ist gespannt auf die Vorbehalte aus den einzelnen Fraktionen.

Gemäss Bruno Peter hat der Gemeinderat anlässlich der Beantwortung der Motion Nr. 053/05: Lückenlose Realisierung des Radroutenkonzeptes - im vergangenen Dezember einen Zwischenbericht über den Umsetzungsstand des Verkehrsrichtplanes angekündigt.

Der kommunale Verkehrsrichtplan wurde durch den Einwohnerrat am 03. Juni 1993 beschlossen und am 07. März 1995 durch den Regierungsrat genehmigt. Schwerpunktartig und höchste Priorität wurde damals dem öffentlichen Verkehr und der Erstellung eines zusammenhängenden Radroutennetzes zugemessen. Das heisst, es sollten Massnahmen gefördert und umgesetzt werden, welche ein "Umsteigen" attraktiv machen und damit den individuellen Strassenverkehr entlasten.

Wenn heute Zwischenbilanz gezogen wird, darf man feststellen, dass ein wesentlicher Teil der prioritären Massnahmen umgesetzt werden konnte oder kurz vor der Realisierung steht. Aus dem vorliegenden Umsetzungsbericht geht nun hervor, dass

- von den 10 Massnahmen der 1. Priorität - mit Ausnahme des Knotens Obernauer- / Hergiswaldstrasse - sämtliche Projekte umgesetzt sind oder kurz vor der Ausführung stehen.
- von den 13 Massnahmen der 2. Priorität 8 Projekte umgesetzt sind. Von den 5 verbleibenden Massnahmen ist ein Projekt in Bearbeitung (Beruhigung Feldmühlestrasse), bei zwei Massnahmen fehlt die Grundeigentümergebilligung, zwei Projekte sind zeitlich zurückgestellt (Radweg Renggloch / Passerelle Arsenalstrasse).

- im Teilrichtplan Verkehr die wichtigsten Anliegen mit der Einführung des Quartierbusses, der Optimierung der Linie 1, der Verlängerung der Linie 16 nach Horw, der Erschliessung und des Anschlusses des Arbeitsplatzgebietes an die Stadt Luzern erfüllt werden konnten.

Zu erwähnen ist, dass die Gemeinde Kriens in den vergangenen 10 Jahren für Verkehrsberuhigungsmassnahmen und Radweganlagen über 2 Mio. Franken investiert hat. Zurückgestellt wurden Projekte, welche aus rechtlichen Gründen nicht durchsetzbar waren oder die Umsetzung zu unverhältnismässigen Kosten geführt hätte. Weiter fallen verschiedene Projekte in den Zuständigkeitsbereich des Kantons, z.B. die Einmündung Obernauerstrasse / Hergiswaldstrasse oder die Radwegverbindung nach Littau über das Rengloch.

Der Gemeinderat stellt zwei Anträge:

1. Von den Massnahmen, die kurz- und mittelfristig realisiert werden, ist Kenntnis zu nehmen.
2. Auf einzelne Massnahmen, die nach Ansicht des Gemeinderates überholt (Verlängerung Kriensereggbahn / neue Strassenführung Zunacherstrasse) oder alternative Lösungen vorhanden sind (Unterbrechung Gabeldingenstrasse / Verlegung Radweg Fenkern- / Quelenstrasse) ist zu verzichten.

Für die Detailberatung und Ausführungen zum Zwischenbericht steht Gemeindeingenieur Fritz Rast zur Verfügung. Er hat die Entwicklung des Verkehrsrichtplanes von erster Stunde an begleitet und kann am kompetentesten Auskunft zu den gestellten Fragen geben.

Rolf Bättig namens der FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Zwischenbericht zum VRP. Dieser Plan aus dem Jahre 1993 hat ja schon etwas Patina angesetzt. Darum muss man den Alterungsprozess respektieren und auch die in den letzten 13 Jahren eingetretenen Veränderungen in die Beurteilung von Verkehrsfragen mit einbeziehen. Es ist richtig, dass keine neue Grundsatzdiskussion zum Richtplan geführt wird. Der Zwischenbericht zeigt auch deutlich auf, dass vieles schon umgesetzt wurde. Dafür dankt die FDP-Fraktion.

Ob nun eine generelle Einführung von Tempo-30-Zonen als Allerheilmittel angepriesen werden darf, kann durchaus in Frage gestellt werden. Im Grundsatz muss das Geschwindigkeitsregime aus dem Strassencharakter ersichtlich sein und nicht an der Bodenmarkierung oder am ablesbaren „Täfel“. Die grosse Eigenverantwortung aller Verkehrsteilnehmer darf nicht durch flächendeckende Signalisationswälder abgemindert werden. Jeder Velo-, Roller-, Auto- und Lastwagenfahrer ist für das sichere Führen seines Fahrzeuges verantwortlich. Man muss auf Sichtdistanz sein Gefährt sicher zum Stehen bringen – und dies bei allen Witterungsbedingungen und bei Tag und Nacht. Dies ist ein fundamentaler Grundsatz der Führerausbildung, und er macht in seiner Einfachheit und Klarheit absolut Sinn als Maxime für Fahrzeugführer.

Bei den aufgeführten kurzfristigen Massnahmen ist die FDP gegen eine allfällige Einbahnführung auf der Arsenalstrasse. Diese Verdrängungsstrategie schafft neue Probleme und führt zu einer Umlagerung auf die bereits heute stark belasteten Knoten.

Bei den aufgeführten mittelfristig vorgesehenen Massnahmen macht es wohl wenig Sinn, eine Passerelle zur Querung der Brünigbahn zu fordern, wenn der Kanton und die Zentralbahn intensiv daran sind, das Projekt Tieferlegung Zentralbahn zu bearbeiten. Nach der Tieferlegung gibt es keine Brünigbahn mehr an diesem Ort, und dann braucht es auch keine Passerelle. Die im Bericht und Antrag zitierten „zu ändernden Massnahmen“ unterstützt die Fraktion. Die Anträge sind plausibel und die Bereinigung macht Sinn.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag unter Berücksichtigung der aufgeführten Bemerkungen grossmehrheitlich zu.

Joe Brunner stellt fest, dass es ratsam ist, sich eingehend mit einem Bericht und Antrag zu beschäftigen, wenn dieser zu Diskussionen führt. Dies ist bei der SP/GB-Fraktion mit dem vorliegenden Bericht und Antrag geschehen. Grundsätzlich wird dieser Zwischenbericht begrüsst. Es erlaubt den einzelnen Parteien und Verkehrsteilnehmenden, noch rechtzeitig in ein laufendes Geschäft einzugreifen und eventuelle Veränderungen einzubringen.

Es wurde festgestellt, dass nicht alle neuen Mitglieder des Einwohnerrates im Besitze des VRP sind. Es ist jedoch notwendig, dass jedes Mitglied ein so wichtiges Papier sein Eigen nennt; dies gilt im Übrigen auch für die Zentrumsplanung.

In der Gemeinde Kriens hat in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden. Der öV und die Radfahrenden haben ihren festen Platz bekommen. Auch das Festhalten an Verkehrsberuhigungen wird grundsätzlich als positiv betrachtet und dient als Lebensqualitätssteigerung. Eine Absichtserklärung an den langsamen Verkehr muss aber zwingend mit der Realisation des eingeschlagenen Weges verfolgt werden. Die zwei Radrouten Süd und Nord jenseits der Hauptverkehrsachsen sind zwar schon weit fortgeschritten, doch immer noch mit Problemen behaftet. Dies zeigt auch der die Problemzonen aufzeigende Bericht von Franz Baumann „Wenn Velos willkommen wären“. Abweichungen vom einstigen Weg sind mit Optimierungen zu kompensieren. Für die SP/GB-Fraktion ist es wichtig, dass die Radwege sichere Verkehrswege sind. Dies ist nicht an allen Orten der Fall, beispielsweise an der Fenkernstrasse. Auch die Signalisation der beiden Radrouten lässt sehr zu wünschen übrig. Wie sollen sich Ortsfremde ihren Weg durch Kriens suchen? Es sind klare Radwegsignale vorzusehen, die den Radfahrer durch Kriens lotsen. Dass es Fahrverbote auf den Radrouten hat, ist paradox. Auch ein Muss ist die baldige Realisation Sackweidstrasse – Südstrasse. Die Querung der Hauptachse ist bis heute an keiner Stelle optimal. Ohne bauliche Anpassungen ist dies heute kaum zu realisieren. Vielleicht wird dieses Anliegen noch in die Zentrumsplanung, wo es evtl. eine bessere Chance bekommt, mitgenommen. Es ist wichtig, dass Süd- und Nord-Radwege miteinander verbunden werden.

In der SP/GB-Fraktion hat die vorgeschlagene Streichung diverser Abschnitte grosse Reaktionen ausgelöst. Darf man schon Abschnitte streichen, wenn bis heute noch kein Radweg vom Obernau bis zur Stadtgrenze oder Schlund fertig erstellt ist? Die Motion Lanz muss umgesetzt werden, sie verlangt klar die Radwege. Inwieweit nun abgewichen werden kann und darf, wird von der SP/GB-Fraktion in der Detailberatung noch eingebracht. Es ist wichtig, dass der eingeschlagene Weg vom VRP eine Vollendung findet.

In diesem Sinne ist die SP/GB-Fraktion für Eintreten auf den Bericht und Antrag. Sie hofft, dass mit den Anmerkungen und Vorschlägen zum Beschlusstext trotzdem weise, demokratische und vernünftige Entscheide gefällt werden. Auch die - nicht immer einstimmige -SP/GB-Fraktion dankt dem Rat für die diversen Anliegen.

Gemäss Patrick Koch merkt der Gemeinderat in der Einleitung des vorliegenden Bericht und Antrages richtig an, dass Massnahmen aus rechtlichen Gründen und aus Gründen der Unverhältnismässigkeit geändert oder nicht umgesetzt werden sollten.

Mit Erstaunen stellt die SVP-Fraktion fest, dass im Zwischenbericht des VRPs nur Förderungsmassnahmen für den öV, insbesondere den Langsamverkehr enthalten sind. Wer löst die Kapazitätsprobleme des Individualverkehrs in der Gemeinde Kriens? Gerade die Eröffnung des neuen Pilatusmarktes führt vor Augen, dass das im Industriegebiet Schlund/Nidfild erstellte Strassennetz Schwachstellen aufweist. Schliesslich hat der Einwohnerrat bei der Behandlung des aktuellen Legislaturprogramms vorausschauend die Bemerkung aufgenommen, dass sowohl der öV als auch der Individualverkehr in Kriens Platz haben müssen. Ein gut funktionierender öffentlicher- und Individualverkehr sind die Lebensadern für eine florierende Wirtschaft und Gesellschaft. Beide müssen gleichermassen optimiert und verbessert werden. Mobilität brauchen alle Verkehrsträger. Bedarfsgerechte und leistungsfähige Verkehrsnetze sind die

Voraussetzung für eine positive Entwicklung. Eine einseitige Bevorzugung des öV lehnt die SVP ab. Behinderungen und Schikanen für den Individualverkehr – wie sie im vorliegenden VRP vorgesehen sind – wird die SVP niemals mittragen. Sie akzeptiert Lenkungsmassnahmen wie Busspuren, Pfortneranlagen, Abbau von Fahrspuren sowie Massnahmen für den Langsamverkehr nur, wenn dadurch der Autoverkehr nicht behindert wird und mit diesen Massnahmen nicht zusätzliche Sicherheitsrisiken geschaffen werden. Die Wahl des Verkehrsmittels ist die Sache jedes einzelnen Bürgers. Die SVP steht hinter dem Grundsatz der freien Wahl des Verkehrsmittels. Entsprechend sind für alle Verkehrsarten die Infrastrukturen bereitzustellen, jedoch unter Beachtung der Verhältnismässigkeit und ohne bewusste Beeinträchtigung einzelner Verkehrsmittel.

Die Einführung von Tempo-30-Zonen macht in einzelnen Fällen einzig in reinen Quartierstrassen oder in Gefahrenzonen (z.B. in der Nähe von Schulhäusern) einen Sinn. Vergebens wehrte sich die SVP bis anhin gegen die schleichende Einführung von Tempo 30 über ganze Quartiergebiete. Obwohl sich im Jahr 2001 rund 80 % der Krienser Bevölkerung an der Urne gegen die flächendeckende Einführung von Tempo 30 innerorts ausgesprochen hat, schiessen in Kriens Tempo-30-Signalisationstafeln wie Pilze aus dem Boden.

Die SVP-Fraktion nimmt den VRP in dieser Form ablehnend zur Kenntnis.

Peter Schönenberger namens der CVP/JCVP-Fraktion dankt für die detaillierte Übersicht im Zwischenbericht und anerkennt, dass schon sehr viele Teile auf sinnvolle Art umgesetzt sind. Die Anträge zum weiteren Vorgehen und zu den zu ändernden Massnahmen unterstützt die Fraktion, obwohl sie sich bei einzelnen Massnahmen unter „kurzfristig“ eine schnellere Gangart als innerhalb der nächsten fünf Jahre vorstellt.

Den sich abzeichnenden Kompromissvorschlag, die wieder entfernte Unterbrechung von der Feldmühlestrasse zum Pulvermühleweg als Option im Richtplan zu belassen und mit einer Tempozone 30 den Schleichweg in seiner Attraktivität zu mindern, wird unterstützt. Die Umsetzung der Tempozonen 30 ist mit einer grossen Akzeptanz der Quartierbewohner so schnell zustande gekommen. Die Beruhigung in den Quartieren ist offensichtlich und ein Erfolg. Dass auf bauliche Massnahmen weitgehend verzichtet wurde und man mit Signalisierungen und Markierungen ausgekommen ist, hat auch von der finanziellen Seite her einiges schneller möglich gemacht.

Freude hat die CVP/JCVP-Fraktion, dass sich endlich eine Lösung für die rückwärtige Radwegverbindung vom Langmattweg zur Südstrasse abzeichnet. Diese Massnahme und die Buspriorisierung sind kurzfristig wahrscheinlich die wichtigsten Voraussetzungen, dass die Obernauerstrasse zu den Hauptverkehrszeiten in Zukunft einigermaßen funktionieren kann.

Es wird anerkannt, dass die Durchsetzung von Fahrwegrechten eine sehr langwierige und zähe Arbeit ist und Geld kostet. Verschiedene Radwegverbindungen sind deshalb noch nicht in der gewünschten Art möglich: Leider stimmt es nicht, wie bei der Radroute R5 auf Seite 16 beschrieben, dass diese vom Dorfzentrum bis zur Hofstetterstrasse durchgehend befahren werden kann. Der Jegerlehnerweg ist immer noch mit einem allgemeinen Fahrverbot belegt. Das gleiche gilt für die Rigistrasse und für Verbindungen im Gebiet Hobacher. Es ist ein fragwürdiger Zustand und erzieherisch schlecht, wenn solche Rechtsverwilderungen einfach als Normalfall gelten.

Für gut befunden wird, dass die Busspur und Radwegverbindung Arsenalstrasse / Nidfeldstrasse unter den kurzfristigen Massnahmen aufgeführt sind. Da gibt es Hoffnung, dass jetzt auch die Stadt Luzern ihren Beitrag leistet und eine Verbesserung in der Arsenalstrasse mit dem Kulturwerkplatz Luzern-Süd förderlich behandelt.

Mit diesen Bemerkungen nimmt die CVP/JCVP-Fraktion vom Zwischenbericht zwar kritisch, aber zustimmend Kenntnis und unterstützt den Bericht und Antrag einstimmig.

Peter Mattmann hat eine Vorbemerkung: Er hat vom Einwohnerratspräsidenten ein e-mail erhalten, in dem um kürzere Voten gebeten wird. Der Sprecher wird sich Mühe geben. Anhand dieses Berichtes ist es möglich, Verbesserungen aufzuzeigen. Man sollte Vernehmlassungen, Vorstösse und Berichte zu eigentlichen Debatten bündeln. Dann könnten Probleme „zu Boden geredet“ werden; so würden nicht nach einigen Monaten wieder ähnliche Vorstösse etc. auftauchen. Wieso hat man den vorliegenden Zwischenbericht nicht gleichzeitig mit dem Agglo-Programm behandelt? Dies wäre sinnvoll gewesen. Das ist die x-te Verkehrsdebatte in-ner kürzester Zeit. Die letzte fand anlässlich der Behandlung von zwei dringlichen Vorstössen des Sprechers bezüglich Agglo-Programm statt. Er hätte sein damaliges Anliegen lieber in eine allgemeine Verkehrsdebatte eingebracht als mit Vorstössen. Peter Mattmann möchte beliebt machen, dass man zukünftig Debatten zu mehreren Geschäften zusammen führt.

Der Zwischenbericht zeigt, dass in Kriens im Bereich des Langsamverkehrs für Fussgänger und Radfahrer viel investiert wurde. Es ist eine gute Arbeit und der Sprecher dankt dem Gemeinderat und allen Beteiligten. Peter Mattmann ist mit fast allem einverstanden: Die Amlehnstrasse soll in beide Richtungen befahrbar sein. Die Radstreifen sind sinnvoll. So wird diese Strasse nicht zur Raserbahn. Die Haupt-Dorfachse ist nicht auf zwei Strassen zu verteilen. Die Nebenlinie ist für die Radfahrer geeigneter als die Hauptstrasse. Die Beibehaltung von Tempo 40 auf der Schachen- / Amlehnstrasse ist richtig.

Die Art der Einführung der Tempo zonen 30 ist gut. Der Gemeinderat hat dabei Rücksicht auf die Quartierbewohner genommen.

Die Prioritätensetzung ist sinnvoll. Den gesunden Menschenverstand walten zu lassen, ist gut und angebracht. Es ist wichtig, dass die Sicherheit der Kinder 1. Priorität hat. Radfahrende müssen darauf Rücksicht nehmen. Der Sprecher nennt ein Beispiel vom Jegerlehnerweg.

Peter Mattmann hat zwei Bemerkungen, von denen er eine mit einem Antrag untermauern will. Im Bereich der Quartiererschliessung und des Langsamverkehrs läuft es in Kriens richtig. Es gibt aber zwei Punkte, wo man in der Verkehrspolitik etwas ändern muss:

1. In der Verkehrsplanung ist die Siedlungsentwicklung nicht angepasst. Im hinteren Kriensertal ist zuviel eingezont. Hier ist eine bessere Abstimmung bezüglich Zonenplanung nötig.
2. Entscheidend für die Qualität des Verkehrswesens ist die Hauptverkehrsader: das Nadelöhr Kantonsstrasse. Der Sprecher nennt dazu eine Analogie zum Herz-Kreislauf-System: Wunderschöne offene Kapillaren in den Beinmuskeln nützen nichts, wenn man eine verstopfte Beckenarterie hat. In diesem Punkt unternimmt Kriens zuwenig. Man darf nicht auf die Zentrumsplanung oder das Agglo-Programm warten. Die neuen Krienser Einwohner in den Neubauten im hinteren Kriensertal werden bereits nächstens zusätzlichen Verkehr auf der Hauptstrasse erzeugen. Hier braucht es eine Lösung, die schnell und günstig eine Verbesserung schafft.

Er stellt folgenden Antrag zum Bericht und Antrag S. 3 „1. Hinsichtlich weiterem Vorgehen – Kurzfristig – Beförderungsmassnahmen Linie 1“: *In die kurzfristigen Planungsarbeiten bezüglich Beförderungsmassnahmen Linie 1 ist eine durchgehende Busspur von der Busschleife Kriens zum Bahnhof Luzern einzuschliessen. Im Bereich des Dorfzentrums ist eine Verlegung der Radstreifen auf die Amlehnstrasse und eine einspurige Führung (Stossverkehr morgens stadtwärts, Stossverkehr abends krienswärts) zu überprüfen, damit eine Realisierung ohne zeitliche Verzögerung und grossen finanziellen Aufwand möglich ist. Falls nötig sind diesbezüglich Verhandlungen mit der Stadt Luzern aufzunehmen.*

Kriens hat dies bei der Renovation der Kantonsstrasse verpasst und soll sich nun nicht blamieren. Jenseits aller Schuldzuweisungen und Parteipolitik soll man sich auf die Sache ausrichten. Peter Mattmann bittet den Rat, seinen Antrag zu unterstützen.

Robert Thalmann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist. Die verschiedenen Anträge sind bei der Detailberatung des Bericht und Antrages zu behandeln.

Detailberatung Zwischenbericht per 31. Dezember 2005

S. 3 Zentrumsplanung Kriens

Hansruedi Kunz wundert sich über die Aussage: *Die vorgesehenen Querschnitte und Massnahmen genügen nicht, um das Gesamtverkehrsvolumen bewältigen zu können. Es ist deshalb notwendig, den eigenen Quellverkehr bei den Einmündungen der Neben- in die Hauptstrasse (Oberbauerstrasse) zu pfortnern, damit der Verkehr innerhalb des Zentrums und in der Fortsetzung Richtung Osten einigermassen normal abfliessen kann.* Diese Aussage ist im Zentrumsplanungsbericht nicht vorhanden. Es muss nur das Verkehrsregime realisiert werden. Die zitierte Aussage ist gemäss Hansruedi Kunz falsch.

Gemäss Fritz Rast war bei der Zentrumsplanung von Beginn an ersichtlich, dass der Durchgangsverkehr separat behandelt werden muss. Bei einer Gesamtüberbauung wird der Verkehr nicht verkraftet. Der Gemeinderat hat diesbezüglich Anträge an den Kanton gestellt, welche genehmigt wurden.

Auch Rolf Bättig hat sich über die von Hansruedi Kunz zitierte Aussage gewundert. Er ist davon ausgegangen, dass die Aufrechterhaltung des Verkehrsvolumens eine Auflage war.

Gemäss Peter Schönenberger mussten bei den Wettbewerbsvorgaben die heutigen Kapazitäten Platz haben. Es wurde nie erwähnt, dass die Gesamtentwicklung auch Platz haben muss.

S. 3 Bus (während der Sperrung der Luzernerstrasse)

Rolf Bättig will wissen, womit die Referenzzahl 25 % (Rückgang der Fahrgästekzahl) verglichen wurde. Wurde die Zahl mit dem gleichen Monat des Vorjahres oder mit dem vorherigen Monat verglichen?

Fritz Rast antwortet, dass diese Zahl mit dem gleichen Monat des Vorjahres verglichen wurde. Es liegt diesbezüglich ein Bericht vor, in dem untersucht wurde, ob es sinnvoll ist, die Busspur auf der Schachen- / Amlehnstrasse zu führen.

S. 10: 3. Weitere Massnahmen / 3.1 Umsetzungen / Tempo 30 Zone Südstrasse/St. Niklausengasse/Hackenrainstrasse/Wichlernstrasse (inkl. zugehörigen Nebenstrassen)

Hansruedi Kunz ist erstaunt, dass auf der Südstrasse, wo Tempo 30 gilt, Velostreifen realisiert wurden. Zudem bedauert er es, dass aufgrund des reduzierten Parkplatzangebotes die militärische Anlage beim Schulhaus Meiersmatt nicht mehr vermietet werden kann.

Gemäss Bruno Peter wird die Anlage nicht vermietet, weil von Seiten des Militärs keine Nachfrage von Unterkünften vorhanden ist und nicht wegen zu wenig Parkplätzen.

Fritz Rast stellt klar, dass die betroffenen Personen gesagt haben, die Südstrasse mit 7 m sei zu breit, und dass deshalb darauf zu schnell gefahren werde. Entlang der ganzen Südstrasse wurden beidseitig je ein Radstreifen markiert. Die Markierung wird erneuert, wenn eine neue Deckschicht eingebaut wird. Dafür wurden diverse Varianten studiert und geprüft, deren Umsetzung zum Teil hohe Kosten verursacht hätten. Die jetzige Lösung ist ein Konsens – so können sich die Radfahrenden ungefährdet bewegen.

S. 12: 4. Stellungnahme zu den übrigen Massnahmen gemäss Verkehrsrichtplan/M5: Durchgangsverkehr Klösterli-/Spitzmatt

Hansruedi Kunz stellt fest, dass der Durchgangsverkehr im Gebiet Klösterli-/Spitzmatt teilweise erlaubt war und teilweise nicht. Er verlangt dazu eine nähere Begründung.

Gemäss Fritz Rast wurden an der Kreuzung Klösterli- / Josef-Schryberstrasse Abbiegeverbote aufgestellt. Die Polizei konnte jedoch die Autofahrer, welche oberhalb der Verbotstafeln ihr Auto gewendet haben, nicht büssen, da dieses Vorgehen ja nicht verboten ist. Gegen diesen „Missbrauch“ reklamierten die betroffenen Grundeigentümer. Aus diesem Grund hat man versuchsweise die Verbotstafeln abgedeckt, um zu beobachten, was passiert. Mit der Aufhebung des Abbiegeverbots in die Klösterli- bzw. Josef-Schryberstrasse und trotz der Einführung der Tempozone 30 hat der Durchgangsverkehr gemäss Verkehrszählungen jedoch wieder extrem zugenommen, weshalb nun die Abbiegeverbotstafeln wieder montiert wurden.

Detailberatung Bericht und Antrag

S. 3: 1. Hinsichtlich weiterem Vorgehen: Kurzfristig/Busförderungsmassnahmen Linie 1
Peter Mattmann hat seinen Antrag bereits beim Eintretensvotum begründet. Die Angelegenheit muss geprüft werden, und wenn nötig müssen mit der Stadt Luzern Verhandlungen aufgenommen werden. Somit kann der grosse Stau verhindert werden.

Robert Thalmann stellt fest, dass dieser Antrag als Bemerkung gedacht ist.

Für Stefan Meyer wäre der Vorschlag von Peter Mattmann die Ideallösung, wenn die Busspur bis zum Bahnhof Luzern führen würde. Dies wird jedoch sehr schwierig, da der Verkehr aus Richtung Ob- und Nidwalden ebenfalls auf diese Strassenachse einfließt. Es macht den Sprecher stutzig, dass die Busspur zu Lasten der Radstreifen realisiert werden soll. Er fragt, wie sich Peter Mattmann am Jegerlehnerweg, wo Peter Mattmann wohnt, für einen Radweg einsetzt. Stefan Meyer kann den Antrag von Peter Mattmann nicht unterstützen.

Susanne Lanz unterstützt den ersten Teil des Antrages, jedoch nicht den zweiten Teil. Die Luzernerstrasse muss für Radstreifen Platz haben.

Gemäss Peter Mattmann ist der Raum auf der Luzernerstrasse beschränkt. Wenn auf beiden Strassenseiten Radstreifen vorhanden sind, muss man sich eine Lösung mit dem Einbahnverkehr überlegen, denn sonst ist der Schutz gegenüber den Radfahrenden nicht gewährleistet. Die Radfahrenden fahren so lange wie möglich durch die Quartiere, bevor sie auf die Hauptstrasse wechseln. Dies wird instinktiv gemacht, weil die Quartierstrassen sicherer sind. Er will die Radstreifen ja nicht abschaffen, aber es soll überprüft werden. Beim genannten Beispiel am Jegerlehnerweg ist die Situation anders. Dort spielen Kinder, welche von Radfahrenden geschützt werden müssen. Darum soll das bestehende Fahrverbot nicht aufgehoben werden. Peter Mattmann will eine Überprüfung, ob es auf Hauptstrassen wirklich Radstreifen braucht.

Martin Heiz stellt fest, dass die Sanierung der Luzernerstrasse noch nicht lange abgeschlossen ist. Kriens muss den Kanton fragen, wenn auf dieser Strasse etwas geändert werden soll. Das grosse Problem sieht der Sprecher jedoch auf der Obernauerstrasse Richtung Schappe-Center. Dort herrscht nämlich immer ein Verkehrschaos. Dies muss bei der Zentrumsplanung unbedingt berücksichtigt werden. Er selber war immer ein Gegner der dortigen Verkehrslösung. Es müsste grosszügig geräumt werden, um Platz zu schaffen. Im unteren Teil der Hauptverkehrsachse fliesst der Verkehr gut.

Peter Mattmann hat bei Rolf Bättig Sympathie geerntet. Eine Überprüfung ist immer gut – nur ist in diesem Fall der Kanton Luzern und nicht der Gemeinderat Kriens zuständig. Zudem muss man sich bewusst sein, dass die Bevölkerung nach vielen Diskussionen den Entscheid betreffend Luzernerstrasse gefällt hat. Man darf jetzt nicht erstaunt sein, dass Kriens nur über eine Hauptachse verfügt. Unsere Vorgänger in diesem Rat haben diesen Entscheid mitgetragen.

Franz Baumann stellt fest, dass der Vorschlag einer durchgehenden Busspur nicht etwas Neues ist. Mehrere Varianten wurden in der Planungsphase beraten. Es war eine demokratische Feststellung, dass eine Busspur im oberen Bereich der Luzernerstrasse nicht vorgesehen wird, weil die Strasse zu eng ist. Diese Liegenschaften stehen heute immer noch am selben Ort, weshalb jetzt nicht erneut eine bereits mehrmals geführte Analyse gemacht werden soll. Man soll sich jetzt auf das Machbare beschränken. Der Sprecher selber war bei der Planung des VRP dabei, der in zwei Lesungen gründlich bearbeitet wurde. Er bittet deshalb, heute nicht handstreichartig etwas unbedacht zu streichen oder neu einzuführen.

Räto Camenisch fasst das Gesagte kurz zusammen: Peter Mattmann hat eine Idee betreffend durchgehende Busspur, welche sich über die Planung hinwegsetzt. Man soll sich nicht an der Planung „festbeissen“, sondern den Mut haben, andere Ideen zu bringen und daran festhalten.

Heinz Schwarz erinnert sich, dass im Pilatussaal einmal ein Podiumsgespräch mit einem Buschauffeur stattgefunden hat. Auch dieser hat gesagt, dass aufgrund des Verkehrs von Ob- und Nidwalden eine durchgehende Busspur in Kriens nichts bringt. Es nützt folglich nichts, wenn die Gemeinde Kriens über durchgehende Busspuren verfügt, die jedoch in der Stadt nicht fortgeführt werden können.

Robert Thalmann lässt über den Antrag von Peter Mattmann abstimmen. Dieser lautet wie folgt:

In die kurzfristigen Planungsarbeiten bezüglich Beförderungsmassnahmen Linie 1 ist eine durchgehende Busspur von der Busschleife Kriens zum Bahnhof Luzern einzuschliessen. Im Bereich des Dorfzentrums ist eine Verlegung der Radstreifen auf die Amlehnstrasse und eine einspurige Führung (Stossverkehr morgens stadtwärts, Stossverkehr abends krienswärts) zu überprüfen, damit eine Realisierung ohne zeitliche Verzögerung und grossen finanziellen Aufwand möglich ist. Falls nötig sind diesbezüglich Verhandlungen mit der Stadt Luzern aufzunehmen.

Abstimmung

Mit 10:9 Stimmen wird der Antrag von Peter Mattmann als Bemerkung aufgenommen.

Hansruedi Kunz will wissen, wohin diese Bemerkung nun kommt. Der Bericht und Antrag verfügt über einen Beschlusstext, wo keine Bemerkungen möglich sind, und im Zwischenbericht kann nichts mehr geändert werden. Deshalb gehört diese Bemerkung in den Beschlusstext, sonst hat sie keine Wirkung und wird nicht ernst genommen.

Bruno Peter stellt klar, dass die Bemerkung ernst genommen wird. Der Gemeinderat hat nicht nur einen Brief bezüglich Busspur an den Kanton geschrieben. Das Problem ist nicht in Kriens, sondern im Gebiet Grosshof bis Paulusplatz. Erst wenn die Südumfahrung realisiert wird, ist eine durchgehende Busspur sinnvoll. Die Zuständigkeit der Luzernerstrasse liegt beim Kanton. Die Bemerkung wird vom Gemeinderat entgegengenommen und ernst genommen.

Robert Thalmann stellt fest, dass die Bemerkung in den Bericht und Antrag einfliesst, jedoch keine Auswirkung auf den bestehenden Beschlusstext hat.

S. 3: 1. Hinsichtlich weiterem Vorgehen: Kurzfristig/Busspur / Radweg Arsenal-/Nidfeldstrasse
Gemäss Patrick Koch hat eine Pförtnerung von Neben- und Hauptstrassen eine ungünstige Verkehrsumlagerung zur Folge. Deshalb stellt er den folgenden Antrag: *Die Buspriorisierung erfolgt weder durch die Pförtnerung des Quellverkehrs bei den Einmündungen der Neben- in die Hauptstrassen noch auf derselben.*

Bruno Peter erwähnt, dass der Kanton die Massnahmen, wie der Verkehr durchgeschleust werden kann, geplant hat. Er wird bis 2008 weitere Massnahmen diskutieren.

Fritz Rast stellt klar, dass es heute kaum andere Mittel und Wege für die Förderung des Trolleybusses gibt als die Pförtnerung.

Gemäss Patrick Koch steht im VRP, dass der Kanton gegen eine Pförtnerung an der Obernauerstrasse ist.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Koch

Grossmehrheitlich wird der Antrag abgelehnt.

S. 3: 1. Hinsichtlich weiterem Vorgehen: Mittelfristig/M12 Arsenalstrasse (Einbahnverkehr)

Patrick Koch stellt folgenden Antrag: *Auf das vorliegende Einbahnsystem im unteren Bereich der Arsenalstrasse wird verzichtet.*

Die Arsenalstrasse übernimmt wie die Schachen-/Amlehnstrasse die Funktion einer Entlastungsstrasse für die ohnehin überlastete Luzernerstrasse. Eine Einbahnführung würde noch mehr Verkehr für die Luzernerstrasse bedeuten. Es droht der Kollaps. Der Sprecher weist auf einen parlamentarischen Vorstoss von Franz Baumann hin, womit die Sicherheit von Radfahrenden auch verbessert wird.

Franz Baumann hält fest, dass es keinesfalls so ist, dass sein damaliger Vorstoss eine Lösung vorstellte, die mit dem jetzigen Votum von Patrick Koch verträglich ist, im Gegenteil. Die heutige Situation an der Arsenalstrasse ist für Velofahrende beängstigend. Sein überwiesener Vorstoss sieht vor, dass Richtung Luzern fahrende Autos – wie heute schon signalisiert – vor der Garage Sigrist über die Eichwilstrasse auf die Luzernerstrasse geführt werden. Mit der konsequenten Umsetzung dieses Regimes könnte erreicht werden, dass die Arsenalstrasse im Bereich des Baugeschäftes Wüest AG als Einbahnstrasse Richtung Kriens geführt werden könnte. Und so hätten die Radfahrenden eine höhere Sicherheit.

Rolf Bättig weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion gegen eine Einbahnführung auf der Arsenalstrasse ist. So wird das Problem auf der Luzernerstrasse nicht gelöst, sondern grösser.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Koch

Der Antrag wird mit 16:12 Stimmen abgelehnt.

S. 3: 1. Hinsichtlich weiterem Vorgehen: Mittelfristig/Friedhofstrasse

Patrick Koch stellt einen weiteren Antrag: *Auf der Friedhof- und Himmelrichstrasse wird auf weitere Verkehrsberuhigungsmassnahmen (sprich Tempo 30) verzichtet.*

Auf der Friedhofstrasse wurde zur Verbesserung der Verkehrssicherheit eine separate Linksabbiegespur von der Friedhof- in die Schlundstrasse zu Gunsten der Radfahrer erstellt. Weitere Massnahmen drängen sich nicht auf. Die Anwohner sind grossmehrheitlich gegen Temporeduktionen, wie die durchgeführte Vernehmlassung aufzeigt. Tempomessungen belegen zudem, dass auf der Friedhof- und Himmelrichstrasse nicht gerast wird. Spinner, die sich nicht an die Tempolimiten halten, gibt es leider immer, ob Tempo 50 oder 30.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Koch

Der Antrag wird mit 15:12 Stimmen abgelehnt.

S. 3: 1. Hinsichtlich weiterem Vorgehen: Mittelfristig/Rad-/Fussweg Querung Brünigbahn (Passerelle)

Rolf Bättig hat bereits bei seinem Eintretensvotum erwähnt, dass auf die *Planung dieser Passerelle im Bereich Brünigstrasse* verzichtet werden kann. Der Kanton ist intensiv daran, zusammen mit der Zentralbahn Massnahmen zu schaffen.

Bruno Peter ist nicht der Auffassung, dass die Passerelle gebaut werden soll. Im Zusammenhang mit dem Kulturwerkplatz muss jedoch eine Lösung gesucht werden. Da das Projekt mit der Zentralbahn voran kommt, schlägt er vor, das Wort „Passerelle“ zu streichen. Der Gemeinderat ist jedoch der Meinung, dass ein entsprechender Übergang sinnvoll ist.

Für Rolf Bättig macht eine Passerelle keinen Sinn. Er stellt den Antrag, das Wort „Passerelle“ zu streichen und den Rest so stehen zu lassen.

Abstimmung über den Antrag von Rolf Bättig

Der Antrag wird grossmehrheitlich gutgeheissen. Somit wird das Wort „Passerelle“ gestrichen.

S. 3: 1. Hinsichtlich weiterem Vorgehen: Mittelfristig/Pförtneranlagen

Patrick Koch stellt folgenden Antrag: *Auf der Motelstrasse wird Tempo 50 beibehalten.*

Die Sicherheit ist bei Tempo 50 gewährleistet. Zudem ist die im Einbahnverkehr geführte Strasse breit und übersichtlich und vom Radweg durch Pflastersteine getrennt.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Koch

Der Antrag wird mit 16:10 Stimmen abgelehnt.

Weiter stellt Patrick Koch folgenden Antrag: *Der Motelstrasse soll optional die Rolle eines Bypasses zur Ringstrasse zugeordnet werden. Entsprechende Vorschläge/Planungen sind auszuarbeiten.*

Die im Dezember 2005 durchgeführte Verkehrszählung hat aufgezeigt, dass die Nutzung der Motelstrasse als Zubringer zum Schlund einem Bedürfnis der einheimischen Automobilisten entspricht. Mit der Motelstrasse steht eine Verkehrsfläche zur Verfügung, deren weiteren Ausbau man optional in einer langfristigen Planung berücksichtigen müsste.

Stefan Meyer möchte wissen, welche Konsequenzen die Überweisung dieses Antrags hätte.

Bruno Peter erwähnt, dass die Motelstrasse eine Einbahnstrasse ist. Ursprünglich war diese Strasse nicht geplant, wurde jedoch vom dort ansässigen Gewerbe gewünscht. Über die Motelstrasse kann, Richtung Horw, der Kreisel beim McDonald-Mattenhof umfahren werden. Der Antrag von Patrick Koch lautet auf optional. Bei der Planung wurde geprüft, was passiert, wenn der Verkehr im ESP-Gebiet Schlund nicht mehr funktionieren würde. Diverse Lösungen wurden analysiert, so auch eine durchgehende Busspur, die Idee „Bypass“ etc. Die Frage kann nicht nur sein, was technisch machbar ist, sondern welche Verkehrsmenge verträglich ist.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Koch

Der Antrag wird mit 14:11 Stimmen abgelehnt.

S. 3: 2. Hinsichtlich zu ändernden Massnahmen/R 2. 1-2.3: Anschluss R2 an R1 - Verbindung Eichenspes-/Obernauerstrasse / R 2. 9 – 2. 11 – Radroute Waldheimstrasse - Gärtnerweg

Gemäss Pia Zeder sprach sich der Einwohnerrat im Herbst 2005 mit der Überweisung der Motion Lanz für eine lückenlose Umsetzung des Radroutenkonzepts aus. Wichtiger Teil dieses Radroutenkonzepts ist die Ergänzung der Hauptachse (Schachen-/Amlehnstrasse mit Fortsetzung Richtung Obernau) durch zwei Querspangen.

Auf der Sonnenbergseite ist gemäss VRP ein zusammenhängender Weg geplant: vom Gärtnerweg über die Villastrasse, beim Amtsgericht und dem Bleicheschulhaus vorbei zur Waldheimstrasse und von dort weiter Richtung Obernau, wo der Fahrweg am Ende der Eichenspesstrasse Anschluss an die Radwegroute 1 Richtung Obernau findet. Laut VRP ist die Hauptverbindung der Wohnquartiere am Sonnenberg zum Zentrum von Kriens und der Stadt Luzern entsprechend wichtig.

Seit dieser Planung sind mehr als zehn Jahre vergangen. Die GB-Fraktion vertritt die gleiche Meinung wie der Gemeinderat, dass eine Überprüfung der Routenführung zum heutigen Zeitpunkt Sinn macht, auch dass nach neuen, evtl. besseren und kostengünstigeren oder rechtlich einfacher durchsetzbaren Lösungen gesucht werden muss.

Die Fraktion ist damit nicht grundsätzlich gegen eine Anpassung des VRPs und kann sich auch den Verzicht auf Radrouten-Teilstücke vorstellen. Diese Kompromissbereitschaft wurde bereits bei der Beratung der Motion Lanz signalisiert. Erhalten bleiben muss aber in jedem Fall ein zusammenhängendes Netz von Radrouten, wie es der heutige VRP vorsieht: wo Teilstücke wegfallen, braucht es eine Alternative, im Minimum aber eine sichere und schikanenfreie Anbindung der verbleibenden Teilstücke an der Hauptroute. Entsprechende Vorschläge liegen nicht vor, weder für den oberen noch den unteren Dorfteil.

Der Einwohnerrat hat erst kürzlich die lückenlose Umsetzung des Radroutenkonzepts gefordert. Die GB-Fraktion hält an dieser Forderung fest. Einer Streichung von Teilstücken und damit der Unterbrechung des zusammenhängenden Wegs kommt für sie bei der heutigen Ausgangslage nicht in Frage. Ihre Zustimmung zur Streichung von Teilstücken ist erst dann möglich, wenn der Gemeinderat sinnvolle Alternativen für eine zusammenhängende Spange Nord aufzeigen kann.

Die GB-Fraktion verlangt daher beim Beschlusstext die Streichung der Verzichtsanträge zu R2.

Fritz Rast stellt klar, dass man die Teilstücke 2.1 – 2.3 unterscheiden muss. Es ist die Verbindungsachse von der Nord- zur Südseite. Eine Verbindung zwischen den Radrouten südlich und nördlich der Obernauerstrasse findet bei der Einmündung der Zumhofstrasse in die Obernauerstrasse statt. Im Falle einer Verbindung zwischen Ende Eichenspesstrasse und Obernauerstrasse müssten die Grundeigentümer enteignet werden, was die Gemeinde sehr teuer zu stehen käme. Zudem wäre nicht auszuschliessen, dass betroffene Grundeigentümer bis vor Bundesgericht gehen würden.

Der Sprecher plädiert deshalb auf die Ablehnung des Antrages von Pia Zeder.

Rolf Bättig unterstützt die Meinung von Fritz Rast. Die Baukommission wurde sehr gut informiert. Zudem hat sich der Gemeinderat diese Verzichtsanträge gut überlegt. Es gibt sinnvolle „Fahralternativen“. Er opponiert dem Antrag der GB-Fraktion.

Pia Zeder will keinen falschen Eindruck hinterlassen. Es geht nicht um eine detaillierte Umsetzung, sondern um eine lückenlose Radroute. Die Alternativen sind auf dem Plan nicht ein-

gezeichnet. Es ist auch möglich, dass bei der Zumhofstrasse hinauf gefahren werden kann. Es ist jedoch nichts geplant und es sind keine Vorschläge vorhanden.

Franz Baumann versetzt sich in die Situation von Velofahrenden: Einzig für an der hinteren Eichenspesstrasse Wohnende wäre die zur Debatte stehende direkte Verbindung an die Obernauerstrasse attraktiv. Wer vom unteren Kriens mit dem Velo Richtung Obernau fährt, kann bei der Zumhofstrasse auf den südlichen Radweg gelangen und – wenn dann die Verbindung Südstrasse-Sackweidstrasse erstellt ist – dann direkt zum sicheren Langmattweg gelangen. Die Querung der Obernauerstrasse beim Restaurant Minerva soll noch attraktiver gemacht werden. Wer vom Obernau her nach Kriens hinunter gelangen will, wählt ohnehin die „Süd-Veloroute“ aus. Aus dieser Sicht wäre die Umsetzung des diskutierten Teilstücks unverhältnismässig.

Markus Hadorn will auf einen Aspekt zu sprechen kommen. Ziel ist es, dass die Hauptverkehrsachse sicher mit dem Velo verlassen werden kann. Entlang des Langmattwegs und bei der dortigen Obernauerstrasse erkennt man zurzeit viele Bautätigkeiten. Es ist eine Frage der Sicherheit, wo die Obernauerstrasse am besten direkt überquert werden kann.

Fritz Rast ist der Meinung, dass die Velofahrenden vom Obernau Richtung Dorfzentrum auf der Südseite bleiben. Er fragt sich, ob das Bedürfnis tatsächlich vorhanden ist, auf die Nordseite zu wechseln. Im Zusammenhang mit der Studie „Hüsler“ hat der Kanton Luzern versprochen, sichere Überquerungen zu erstellen. Die Gemeinde Kriens hat eine solche Studie, welche auch umgesetzt werden kann, auf eigene Kosten erstellen lassen.

Susanne Lanz will eine optimale Lösung, die nicht die teuerste sein muss. Sie ist aber nicht für eine Streichung von Teilstücken.

Für Peter Mattmann geht es nicht darum, Velowege zu „durchzwängen“, sondern dass die Velofahrenden nach der Eichenspesstrasse nicht gezwungen sind, auf der Hauptstrasse fahren zu müssen. Ziel ist es, dass man möglichst früh „hinten durchfahren“ kann. Die Velowege haben nur einen Sinn, wenn die Velofahrenden vor den Autos geschützt werden können. Die Teilstücke sollen deshalb nicht gestrichen werden. Peter Mattmann will jedoch auch nicht, dass „Veloautobahnen“ gebaut werden.

Bruno Peter unterbreitet einen Vermittlungsvorschlag: *Der Gemeinderat ist besorgt, eine lückenlose Verbindung zu erstellen.* Er ist sich bewusst, dass Lösungen gesucht werden müssen.

Pia Zeder hält an ihren Antrag fest.

Für Hansruedi Kunz ist ein Richtplan behördenverbindlich. Wenn im Plan etwas eingetragen ist, muss dies eingehalten werden. Er begrüsst den Vorschlag von Bruno Peter.

Gemäss Rolf Bättig will Pia Zeder den Druck aufrechterhalten. Bei einem Akzeptieren dieser Art von Druck durch den Einwohnerrat werden aber gewisse Grundeigentümer bis vor Bundesgericht gehen. Der Einwohnerrat muss sich im Klaren sein, zu was er ja oder nein sagt.

Pia Zeder nimmt ihren Antrag zurück. Er soll im Sinne einer Bemerkung gelten.

Bruno Peter formuliert die Bemerkung: *Der Gemeinderat ist für eine durchgehende Radfahrer-Verbindung von der Nordseite mit der Anpassung auf die Südseite besorgt.*

Peter Schönenberger formuliert eine andere Bemerkungsmöglichkeit: *Anstelle der Massnahmen R 2.1 – 2.3 wird eine andere Variante Querung Obernauerstrasse im Bereich Einmündung Zumhofstrasse geprüft.*

Pia Zeder ist für die Formulierung von Bruno Peter mit Anbindung an R1.

Stefan Meyer stellt den Antrag auf eine kleine Pause, damit der Antrag von Pia Zeder richtig umformuliert werden kann.

Robert Thalmann stellt fest, dass dagegen nichts einzuwenden ist und unterbricht die Sitzung bis 18:10 Uhr.

Der Antrag von Pia Zeder, welcher als Bemerkung gedacht ist, lautet nun wie folgt: *Anstelle der im VRP enthaltenen Querspange Nord (R2) ist im gleichen Gebiet eine lückenlose Radroute mit Anbindung an die R1 zu erstellen.*

Rolf Bättig will von Pia Zeder wissen, ob sie sich bewusst ist, dass dies an der gleichen Stelle zu erfolgen hat.

Pia Zeder bejaht dies.

Gemäss Bruno Peter ist der Gemeinderat mit diesem Vorschlag einverstanden.

Abstimmung über die Bemerkung von Pia Zeder
Grossmehrheitlich wird die Bemerkung gutgeheissen.

S. 3: 2. Hinsichtlich zu ändernden Massnahmen

Patrick Koch stellt folgenden Antrag: *Die Unterbrechung Pulvermühleweg-Feldmühleweg wird aufgehoben.*

Anlässlich der öffentlichen Auflage gingen über 40 Einsprachen ein. Dies belegt die fehlende Akzeptanz im entsprechenden Quartier.

Daniela Stutz begrüsst eine Unterbrechung, da man sich anlässlich der Öffentlichkeitsarbeit dafür ausgesprochen hat.

Patrick Koch will vom Gemeinderat wissen, ob es bei einem allfälligen Notfall keine Probleme geben kann.

Gemäss Fritz Rast wurde in der BK das Problem diskutiert. In der 1. Phase soll Tempo 30 (ohne Unterbrechung) eingeführt werden. Wenn damit noch keine Beruhigung erreicht werden kann, soll die Unterbrechung optional wieder umgesetzt werden. Abklärungen betreffend Kehr-richtabfuhr etc. wurden gemacht. Dies stellt kein Problem dar, da eine Unterbrechung mit elektronischen Hilfsmitteln (z.B. automatisch versenkbare Säule) geregelt werden kann.

Für Räto Camenisch hat es in diesem Gebiet viel Quellverkehr und viele Parkplätze. Diese Strasse zu sperren ist seiner Ansicht nach schwierig. Die Wohnqualität würde leiden. Er ist gegen eine solche „Salamitaktik“.

Rolf Bättig hat an den BK-Sitzungen teilgenommen. Es sind dabei auch andere Varianten diskutiert worden. Er ist für die vorgeschlagene Variante. Man soll zuerst abwarten und schauen, wie sich die Situation entwickelt. Auf dieser Strasse wird nicht zu schnell gefahren. Der Antrag von Patrick Koch ist somit abzulehnen. Man soll jedoch mit weiteren Massnahmen zuwarten, bis der Knoten Pulvermühleweg/Obernauerstrasse beim „Denner“ realisiert wird.

Räto Camenisch fragt sich, wie gross der Druck auf diese Umfahrung ist. Die Kreuzung beim Restaurant Minerva ist unzumutbar. Wieso realisiert man dort nicht einen Kreisel? Der Verkehr aus Richtung Obernau nimmt immer mehr zu und dies bringt vermehrt Druck auf die Quartiere.

Gemäss Fritz Rast beinhaltet die Studie „Hüsler“ auch eine Verbesserung bei dieser Kreuzung. Es ist ein Mehrfachstreifen geplant und eine Busschleife. Er ist einverstanden, wenn man zuwartet, bis der „Knoten“ Pulvermühleweg/Obernauerstrasse saniert ist. Die Einführung von Tempo 30 sollte jedoch diskutiert werden dürfen. Ebenso soll die Unterbrechung als Option im VRP beibehalten werden.

Rolf Bättig stellt den Antrag, dass die Diskussion betreffend Unterbrechung sistiert werden soll, bis der Knoten Pulvermühleweg/Obernauerstrasse umgebaut wird.

Patrick Koch hält an seinem Antrag fest.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Koch

Mit 17:10 Stimmen wird der Antrag von Patrick Koch abgelehnt.

Der Antrag von Rolf Bättig lautet wie folgt: *Die beschlossene Unterbrechung oder die Einführung von Tempo 30 wird zurückgestellt, bis der Knoten Pulvermühleweg/Obernauerstrasse ausgebaut ist.*

Abstimmung über den Antrag als Bemerkung von Rolf Bättig

Die Bemerkung wird mit 14:11 Stimmen gutgeheissen.

Robert Thalmann stellt fest, dass nun über alle Anträge abgestimmt wurde. Er verliest den bereinigten Beschlusstext:

1. Von den gemäss Antrag vorgesehenen kurz- und mittelfristigen Massnahmen wird mit den beschlossenen Bemerkungen in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Folgende Massnahmen des Verkehrsrichtplanes werden geändert bzw. es wird darauf verzichtet:

<i>Massnahme</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Beschluss</i>
<i>M 4</i>	Neue Zunacherstrasse	Verzicht
<i>M 7</i>	Unterbrechung Gabeldingenstrasse	Belassung des zeitlich beschränkten Fahrverbotes
<i>R 1.15</i>	Radroute Fenkernstrasse - Quellenstrasse	Verlegung auf Fenkernstrasse – Luzernerstrasse
<i>R 2.1, 2.2 + 2.3</i>	Anschluss der Radroute R 2 an Radroute R 1	Verzicht
<i>R 2.9 – 2.11</i>	Radroute Waldheimstrasse - Gärtnerweg	Verzicht
<i>R 13</i>	Radroute Oberhusweg - Mittlerhusweg	Verzicht
<i>Ö 5</i>	Verlängerung Kriensereggbahn	Verzicht

3. Der Gemeinderat wird beauftragt, die entsprechende Genehmigung dieser Änderungen beim Regierungsrat zu beantragen.

Es wird kein Rückkommen verlangt.

Abstimmung über den Beschlusstext

Mit 22:3 Stimmen wird der bereinigte Beschlusstext genehmigt.

Robert Thalmann bedankt sich beim Sachverständigen Fritz Rast für die ausführlichen Informationen.

4. Bericht und Antrag: Integrierter Informatikunterricht an der Primarstufe Nr. 107/06

Der Vorsitzende begrüsst Noldi Huber, Rektor der Krienser Schulen, als Experten.

Matthias Senn namens der Verwaltungs- und Bildungskommission erachtet den PC in der heutigen Zeit als ein unentbehrliches Werkzeug und Kommunikationsmittel. Die VBK-Mitglieder sind überzeugt, dass es wichtig ist, dieses Werkzeug bereits in der Primarstufe zu erlernen. Alle Mitglieder haben dem vorliegenden Bericht und Antrag zugestimmt.

Bei der Vorlage geht es nicht nur um Bildung. Es geht auch um die Beschaffung von PC's für Lehrpersonen und Hauswarte (Ausrüstung von Arbeitsplätzen) und um die Vernetzung der Informatikgeräte in den Schulhäusern. Dies ist heute an jedem Arbeitsplatz eines Dienstleistungsunternehmens eine Selbstverständlichkeit.

Insbesondere Detailfragen hat die VBK diskutiert. Der Entscheid für die Verkabelung und gegen das Wireless wird aus verschiedenen Gründen wie Zuverlässigkeit und nicht bekannte Gefahren für die Gesundheit begrüsst. Umstrittener ist die Frage, ob der schulinterne Support wirklich kostengünstiger als ein externer Support ist. Ein bildungspolitischer Vorteil des internen Supports besteht darin, dass die schulhausinternen Supporter nicht nur die Hard- und Software unterhalten, sondern auch die Lehrpersonen des Schulhauses weiterbilden. Für die Zukunft wird angenommen, dass die Kosten für den Support sinken. Nach ein paar Jahren sind allerdings Kosten für den Ersatz der Geräte zu budgetieren. Zudem wurde festgestellt, dass die Betriebskosten für Verbrauchsmaterial eher zu tief ausgewiesen sind.

Die im Finanzplan auf zwei Jahre verteilten Investitionen fallen in einem Jahr an. Das Budget 2007 wird keine Investitionskosten für die Informatik an der Primarstufe beinhalten. Die Annahme des beantragten Kredits ist bildungspolitisch ein wichtiger Schritt. Auch wenn im Detail die Meinungen unterschiedlich sein können, gibt es gesamthaft betrachtet kaum Argumente, warum dieser Investition nicht zugestimmt werden sollte.

Stefan Meyer informiert darüber, dass in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ein positives Echo überwogen hat. Die IT als Element der modernen Zeit hat auch an der Primarstufe ihren berechtigten Platz.

Bezüglich des technischen und organisatorischen Aspekts wurde die Verkabelung befürwortet, da diese weniger anfällig ist und eine unbedenklichere Lösung darstellt. Auch der interne Support wird als richtig erachtet, da (anders als bei einem KMU-Betrieb) kein 24-Stunden-Service erforderlich ist.

Im Hinblick auf die finanziellen Aspekte scheinen die Investitionskosten wirtschaftlich kalkuliert. Zahlentechnisch wird eine gute Lösung präsentiert. Jedoch fehlt der Ausweis der zusätzlichen Energiekosten. Auch der künftige Abschreibungsaufwand von über Fr. 100'000.-- pro Jahr und die künftigen laufenden Ersatzinvestitionen sind nicht enthalten. Der Planungsbericht des Regierungsrates nennt hierfür eine Nutzungsdauer von fünf Jahren.

Fragen und Bedenken tauchten auf, ob die Ausrüstung die Ansprüche der Kinder schürt und Begehrlichkeiten geschaffen werden, welche indirekt Druck auf die Eltern ausüben, zu Hause einen PC bzw. Internet anzuschaffen. Gerade unter dem Titel Chancengleichheit sind hier problematische Seiten vorhanden. Die Kinder haben keine Fertigkeiten im Tastaturschreiben, was den Nutzen zum Textschreiben stark beeinträchtigt. Der genannte pädagogische Gewinn

an der Primarstufe wird vereinzelt bezweifelt. Es wurde der Wunsch geäussert, dass die PC's ausserhalb des Stundenplans zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Infrastruktur soll breiter genutzt werden können.

Die FGK empfiehlt dem Einwohnerrat mit 4:1 Stimmen, den Bericht und Antrag zu bewilligen.

Helene Meyer-Jenni hält einleitend fest, dass die Entwicklung der Medien- und Informationstechnologien in den vergangenen Jahren enorme Sprünge, vielleicht sogar Quantensprünge gemacht hat. Davon sind alle Bereiche des täglichen Lebens betroffen und dies hat letztendlich auch Konsequenzen auf den Schulunterricht und die Schulbildung. Immer mehr Menschen - Kinder im Besonderen - müssen Informationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten durch die Nutzung der Informationstechnologien erreichen können.

Die Volksschule hat grundsätzlich den Auftrag, den Lernenden jene Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, welche die künftigen Anforderungen eines Berufs- und Alltagsleben stellen und somit zu einer Befähigung für die Herausforderungen des Lebens führen. Die Ausstattung der Primarschule mit Computern ist eine Seite davon. Der Zugang, die Nutzung des Computers und des Internets sind gleichzusetzen mit den übrigen Arbeitsinstrumenten der Schule wie Bücher, Hefte, Farbstifte usw. Sie sind eine Grundausstattung im Sinne eines „Gebots der Stunde“. Die sinnvolle Nutzung der Informatik an der Primarschule ist die andere Seite. Man muss die Chancen und Gefahren der Informationstechnologie berücksichtigen und sorgfältig mit einbeziehen.

Es handelt sich hier um eine Vollzugsaufgabe. Der Kanton Luzern hat mit seinem Planungsbericht B100 die Anforderungen und Aufträge an die Gemeinden nochmals präzisiert und definiert. Für eine Agglomerationsgemeinde wie Kriens ist dieser Auftrag eine grosse Herausforderung. Sind doch 11 Primarschulen bzw. rund 350 Arbeitsplätze anzuschliessen, auszurüsten, und - nicht zu unterschätzen - die Lehrpersonen so vorzubereiten, dass sie dann damit umgehen können. In Kriens ist dieser Auftrag mit Respekt und Sorgfalt angepackt worden, zuweilen kann auch auf die Erfahrungen seit der Einführung der Informatik an der Sekundarstufe I vor rund 7 Jahren gebaut werden. Das anspruchsvolle Projekt in Bezug auf Umfang und Finanzen ist auf folgenden Grundlagen entwickelt worden:

- Vorgaben/Eckwerte des Kantons
- Individuelle Anpassungen auf die Begebenheiten vor Ort in Kriens
- Vergleichswerte von anderen Gemeinden
- Erfahrungen Sekundarstufe I, und, nicht unwesentlich:
- die Beurteilung der Kosten sowie des Kosten-Nutzen-Verhältnis

Die Sprecherin betont die wesentlichen Grundsätze für die Umsetzung.

Die Verkabelung wird konventionell erfolgen. Der Verzicht auf Wireless ist sehr sorgfältig und ausreichend diskutiert worden. Auch für Wireless wäre eine Grundversorgung durch Verkabelung notwendig. Die Kosteneinsparungen, die teilweise erfolgen könnten durch Wireless, würden durch einen hohen Grundversorgungsanteil an Verkabelung für die 11 Primarschulen sehr beschränkt sein. Weiter sind die Störungen auf Grund der Bausubstanz und der Ausstattung der Schulzimmer nicht zu unterschätzen. Auch ist die Problematik einer möglichen Strahlenbelastung für Lernende und Lehrende einzubeziehen. Der Gemeinderat schlägt deshalb abso-

lut überzeugt vor, die Verkabelung der Primarschulhäuser bzw. aller Schulräume auf traditionelle Weise zu realisieren.

Aufgrund der Erfahrungen an der Sekundarstufe I und des Kostenvergleichs zwischen PC's und Notebooks sowie in Abwägung der weiteren Risiken (Diebstahl, Beschädigung etc.) hat sich der Gemeinderat auf die traditionelle Ausstattung mit PC's fokussiert. Damit jedoch die notwendige Flexibilität und Mobilität gewährleistet werden kann, werden mobile Tische dort angeschafft, wo räumliche und organisatorische Bedürfnisse dies verlangen.

Für einen erfolgreichen Informatikeinsatz müssen die Arbeitsplätze und Lehrpersonen sowohl technisch als auch pädagogisch-didaktisch unterstützt und betreut werden. Das bedeutet, dass man sowohl externe Betreuung und Unterstützung (höchste Professionalität) benötigt, aber man will und kann auch die Befähigung vor Ort, in den Schulhäusern, nahe bei den Lehrpersonen gewährleisten. Dies ist auch eine gute Erfahrung aus der SEK I. Auch hier scheut man den Kostenvergleich überhaupt nicht. Die Stunden bzw. die Pensenvergleiche wurden errechnet. Diese zeigen, dass die Stundenansätze der Lehrerbeseoldung deutlich unter den externen Support-Kosten liegen.

Die Investitionskosten, wie sie im Finanzplan für 06/07 budgetiert sind, konnten markant reduziert werden. Die zweite Tranche (für 2007 im Finanzplan) wird entfallen, wenn der Einwohnerrat den vorliegenden Antrag - das ganze Projekt in einem Schritt zu vollziehen - bestätigt. Die Betriebskosten werden jedoch natürlich in den Folgejahren nicht vollständig reduziert werden können. Es wäre nicht seriös, nicht aufzuzeigen, dass durch die Einführung dieser Technologie durch die Unterstützung die Betreuung und die Verbrauchskosten jährlich wieder Kosten anfallen. Eine Reduktion des externen, professionellen Supports wird angestrebt und wird bestimmt erfolgen. Auch hier wird auf die Erfahrung von der Sekundarstufe I gebaut. Es werden wieder Ersatz-Investitionen und eben Betriebskosten anfallen.

Neben all den technischen und organisatorischen Fragen steht für den Gemeinderat und die Schulleitung im Vordergrund, dass es sich hier um ein wichtiges pädagogisches Projekt mit einem wesentlichen pädagogischen Anteil handelt. Es wird die Lehrpersonen in grossem Masse fordern, es wird aber auch helfen, verschiedene Reformprojekte und den Lehrauftrag zeitgemäss, adäquat und, ganz besonders, im Sinne der Chancengleichheit zu erfüllen und zu vollziehen. Die Sprecherin bittet den Einwohnerrat, insbesondere den Aspekt der Chancengleichheit zu beachten. Gerade durch die sehr unterschiedliche Ausstattung der Kinder in Bezug auf Ihre Herkunftssituationen, auf das Gefälle Stadt / Land (hier in umgekehrtem Sinne), aber auch innerhalb der Schule Kriens selber, ist es wichtig, dass alle mit den gleichen Voraussetzungen, hier im Besonderen mit den gleichen Zugängen, an eine „weite Informationswelt“ starten und sich entwickeln können.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Informatik gebraucht wird, um die Kinder für die Anforderungen, z. B. der Sekundarstufe I, des Gymnasiums, der Berufslehre, aber auch des Lebensalltags gut vorbereiten zu können. Die Sprecherin dankt dem Einwohnerrat für seine Unterstützung.

Peter Mattmann ist für Eintreten auf den vorliegenden Bericht und Antrag. Es wird eine gute Lösung präsentiert. Jedoch wird er die Vorlage ablehnen, wenn sie im vorgesehenen Umfang realisiert werden soll.

Sein letztes Votum im Grossen Rat 1987 richtete sich gegen die Voll-Computerisierung der Kantonsverwaltung. Es gehört zum Älterwerden, Dinge, die man nicht will, zu akzeptieren, ohne dass man die kritische Distanz dazu verliert. Obwohl der Sprecher intensiv Computer nutzt und auch darauf angewiesen ist, hat er diese Distanz sehr wohl behalten. Es ist nicht der Bildungsauftrag, der die Schule heute zwingt, die Schüler in der Handhabung dieser Technologie auszubilden. Auch ohne jeglichen Computer wäre eine hochwertigere Bildung als heute möglich. Die Computertechnologie ist ein zweischneidiges Schwert. Sie hat wahrscheinlich ebenso viele Nachteile wie Vorteile.

Es ist einzig und allein die Chancengleichheit bzw. die Vorbereitung auf die Berufswelt, die die Entwicklung der Informatik an den Volksschulen - die der Kanton vorschreibt - begründet. Dieses Ziel ist mit den Vorgaben des Kantons voll zu erreichen: Die dritten bis sechsten Klasse verfügen über Computer und Internetzugang, zusätzliche Computer im Schulhaus, Computer für Lehrpersonen, pädagogische und technische Betreuung. Diese Vorgaben sind absolut vernünftig. Verglichen mit diesen Vorgaben ist die vorgeschlagene Krienser Variante eine „Luxuslösung“, eine eigentliche Hommage an die Computerisierung. Die Gemeinde Kriens will nicht nur die Dritt- bis Sechstklässler mit Computern ausrüsten, sondern auch die Kindergärten und die Erst- und Zweitklässler. Zudem sollen in der dritten bis sechsten Primarstufe 4 Arbeitsplätze pro Klasse eingerichtet werden.

Nun zu einigen guten Details der Krienser Lösung:

- die Beschränkung auf 1 Stunde pro Woche mit Einheiten von höchstens 20 Minuten
- der Verzicht auf Notebooks
- die übrigen Lösungen

Windows als Betriebssystem, weil dieses am einfachsten sei, erachtet der Sprecher als fragwürdig. Er selbst verwendet einen Mac, welcher viel einfacher in der Handhabung ist, aber er versteht natürlich, dass die Wahl auf das weit verbreitete Windowssystem fällt.

Der Sprecher opponiert weder der Einführung auf das nächste Jahr noch prinzipiell der getroffenen Lösung. Aber er spricht sich gegen deren Umfang aus. Der Computer bekommt so einen zu zentralen Platz und zu viel Raum. Bei vier Plätzen bedeutet dies nur schon flächenmässig einen Viertel bis einen Fünftel des Klassenzimmers. Die Schülerinnen und Schüler haben sieben Jahre Zeit, den Gebrauch des Computers zu erlernen. Man ist geneigt, die Benutzung zeitlich einzuschränken, d.h. dass zwei Computer pro Klassenzimmer völlig ausreichend sind. Dadurch werden auch finanzielle Einsparungen möglich, die man im Bildungsbereich gut für Anderes gebrauchen kann. Deshalb beantragt der Sprecher folgendes:

- 1. Der Investitions-Gesamtbetrag ist wie folgt zu reduzieren: Für jede Klasse der 3. - 6. Primarstufe werden je 2 PC-Arbeitsplätze eingerichtet. Verzichtet wird auf Arbeitsplätze im Kindergarten und in der 1. und 2. Klasse.*
- 2. Der Betriebskredit ist ab Budget 2007 um den dadurch eingesparten Betrag zu reduzieren.*
- 3. Die Gefahren und Nachteile der Computer-Technologie müssen im Lehrplan berücksichtigt und den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden, um sie zu einer massvollen und kritischen Nutzung dieser Technologie anzuregen.*

Es ist sehr wichtig, die politische Kritik wie auch die Kritik aus Sicht der Eltern einzubringen. Die meisten Kinder haben ohnehin zu Hause einen PC und dieser nimmt bereits einen zu grossen Platz in deren Freizeit ein. Mindestens im Kindergarten sollte deshalb ein computerfreier Raum bestehen. Als Vater von vier Kindern fragt sich der Sprecher, ob man seine Kinder

wirklich schon von klein an dieser Technologie aussetzen will. Auch muss bedacht werden, dass der Computer ökologisch nicht sinnvoll ist. Wegen des Stromverbrauchs sollte man möglichst reduziert damit umgehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Eltern als Erziehungspersonen „ausgespannt“ werden, weil die Kinder viel Zeit unbeaufsichtigt vor dem Computer verbringen. Auch die Gewalt, welche mit solchen Medien vermittelt werden kann, ist ein grosses Problem. PC's sind ursprünglich eine Kriegstechnologie und sie wurden entwickelt, damit amerikanische Soldaten „Kriegsspiele“ trainieren konnten. Der gesundheitliche Aspekt ist ein weiterer Punkt, der nicht ausser Acht gelassen werden darf: Bewegungsmangel sowie Auswirkungen auf das Denken und die Intelligenz und das veränderte Beziehungsverhalten sind die einschneidenden Folgen.

Der Sprecher ist keinesfalls gegen den vorliegenden Bericht und Antrag, aber er möchte dessen Einschränkung erreichen. Die Krienser Lösung sollte eine grössere kritische Distanz gegenüber dieser Technologie ausdrücken. Dies würde auch zu finanziellen Einsparungen führen, welche ohnehin ein Dauerthema sind. Er bittet die Mitglieder des Einwohnerrats, seinen Anträgen zuzustimmen.

Daniela Stutz namens der JCVP/CVP-Fraktion ist der Meinung, dass im Bericht und Antrag vor allem der technische und finanzielle Teil sehr detailliert beschrieben wird, dem gegenüber relativ kurz abgehandelt ist der pädagogische Teil. Die Erfahrung aus dem Projekt Obernau hätten hier dokumentiert werden müssen.

Chancengleichheit ist kein Unwort und schon gar kein Schimpfwort. Insbesondere für Kinder, welche keinen Computer zu Hause besitzen, besteht so die Möglichkeit, diese Lücke in der Schule zu schliessen. Dass Erwartungen seitens der Kinder geweckt werden - wie dies Peter Mattmann ausgeführt hat - ist wohl unbestritten, aber Erwartungen haben Kinder viele. Welche gedeckt werden, das entscheiden die Eltern. Was gestern mir Rechenschieber gelernt wurde, kann heute mit einem Computer genau so gut vermittelt werden. In erster Linie dient der Computer an der Primarschule als Lernwerkzeug und nicht als Beschäftigung, insbesondere wenn der Computer Vorteile gegenüber den anderen Medien bringt. Ob der Kindergarten und die erste und zweite Klasse bereits mit diesem Medium arbeiten müssen, kann pädagogisch sicher hinterfragt werden, es wird hier jedoch nur ein Computer pro Klasse eingesetzt, hauptsächlich für die Lehrperson. Schon heute können die Kleinsten lernerisch mit dem Computer umgehen. Und bestimmt wird der klassische Unterricht nicht zu kurz kommen. Einige der JCVP/CVP-Fraktion sind der Meinung, dass auf eine Einführung im Kindergarten sowie der ersten und zweiten Klasse verzichtet werden sollte; dieser Einsatz ist auch freiwillig.

Finanziell gesehen sind die Investitionen hoch im Vergleich mit dem Einsatz. Die JCVP/CVP-Fraktion nimmt begrüssend zur Kenntnis, dass die Investition günstiger ist als im Finanzplan vorgesehen. Die JCVP/CVP-Fraktion geht davon aus, dass die Betriebskosten im nächsten Jahr sinken werden, wenn die Einführungsphase vorbei ist und die Spezialisten vom Kanton nicht mehr im gleichen Umfange benötigt werden. Es ist alles daran zu setzen, dass die Betriebskosten eingehalten werden können. Auch der Zeitpunkt der Investition wurde diskutiert: Er könnte ja auch auf das nächste Schuljahr verschoben werden. Da aber die Erfahrungen der Projektgruppe Obernau nun abgeschlossen sind und die Einführung und Umstellungen sowie Schulung und Rückführung der privaten PC der Lehrer Zeit benötigen wird, wird von der JCVP/CVP-Fraktion kein Antrag auf Verschiebung gestellt. Insbesondere da Kriens ja schon fast (oder vielleicht ganz) die letzte Gemeinde im Kanton ist, welche diese Vorgaben umsetzt.

Was heute bereits vielerorts gelebt wird, wird nun auch in Kriens „legalisiert“ und professionalisiert.

Als persönliche Bemerkung hält die Sprecherin noch fest, dass sie heute Morgen im Radio eine Diskussion über den Bewegungsmangel der Kinder mitverfolgt hat. Eine Aussage war, dass die Kinder heute wegen Internet und Computer dick würden. Darauf meinte der Moderator, früher hätte es dieses Problem auch schon gegeben, z.B. beim Lesen.

Die JCVP/CVP Fraktion wird dem Bericht und Antrag grossmehrheitlich zustimmen.

Martin Heiz namens der SVP fasst sich kurz. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den vorliegenden Bericht und Antrag und wird diesem zustimmen. Offenen Fragen konnten während der Behandlung in der Fachkommission zufriedenstellend beantwortet werden.

Die SVP-Fraktion wird die Anträge von Peter Mattmann nicht unterstützen. Eine Reduktion der Anzahl PC's würde bedeuten, dass diese in verschiedenen Klassenzimmern „zusammengesammelt“ werden müssten. Dies wäre sehr aufwändig und kompliziert. Die im Bericht und Antrag vorgeschlagene Lösung wird als sehr gut angesehen. Die Kinder werden nicht montags bis freitags am PC sitzen, aber es ist gleichzeitig wichtig, dass sie bereits früh den Umgang mit diesem Werkzeug erlernen. Wenn sie ihre Schulzeit beenden, sollen sie die Anforderungen der Arbeitgeber erfüllen können. Dies ist der SVP-Fraktion ein Anliegen.

Pia Zeder hält einleitend fest, dass die SP/GB-Fraktion der Entwicklung im Bereich Kommunikations- und Informationstechnologie nicht unkritisch gegenüber steht. Trotzdem bewertet sie die Vorlage anders als Peter Mattmann. Die neue Technologie hat Vor- und Nachteile. Sie ist eine gesellschaftliche Veränderung. Die Schule muss darauf reagieren und die Kinder entsprechend vorbereiten auf das Berufsleben.

Viele Kinder spielen heute Computerspiele und surfen auf dem Netz. Sie kommen auf spielerische Weise dazu, werden aber häufig - wie auch beim Fernsehen - damit allein gelassen. Dort bestehen grosse Gefahren. Hier muss die Schule einen Teil der Verantwortung mitübernehmen. Zwar liegt der Primärauftrag bei den Eltern, aber auch die Schule muss dafür besorgt sein, dass die Kinder auf die Möglichkeiten und Chancen, aber auch die Risiken aufmerksam gemacht werden. Die Sprecherin hat die Vorlage anders verstanden als Peter Mattmann: Ziel ist es nicht, die Lehrpersonen durch den Computer zu ersetzen, sondern die PC's als Lernmittel in beschränkten Zeitrahmen einzusetzen.

Das Thema Chancengleichheit wurde bereits erwähnt. Bezüglich dem Zeitpunkt der Anschaffung kann festgestellt werden, dass es die Sicht der Kinder und diejenige der Lehrpersonen gibt. Bereits heute gibt es PC's in den Schulzimmern, diese gehören aber den Lehrpersonen privat. Von den Lehrpersonen wird erwartet, dass diese sich vorbereiten. Deshalb sollen sie selbstverständlich auch die entsprechende Infrastruktur am Arbeitsplatz zur Verfügung haben. Zu der Anzahl der Arbeitsplätze wird später eine Fraktionskollegin noch etwas sagen.

Die Verkabelung wird aufgrund der Strahlung für sinnvoll erachtet, und auch der interne Support wird unterstützt. Die SP/GB-Fraktion würde es aus finanziellen Überlegungen sehr begrüßen, wenn bei der Anschaffung der Hardware die Restposten des Kantons übernommen werden könnten.

Aufgrund der hohen Investitionskosten sollte man prüfen, ob eine ausserschulische Nutzung durch Schülerinnen und Schüler oder auch Erwachsene ausserhalb der Schulzeiten erfolgen kann. Bei Schülerinnen und Schülern müsste die Beaufsichtigung gewährleistet sein. Wichtig ist auch, dass Aufwand für den internen Support durch Lehrpersonen bei der Reduktion des Supports des OID in den Folgejahren im Auge behalten und dem effektiven Aufwand angepasst wird. Auch gilt es ein besonderes Augenmerk auf die Schulung und Weiterbildung der Lehrpersonen zu haben - zumal neben diesem Bereich auch weitere Bereiche, wie z.B. neue Unterrichtsformen im Zusammenhang mit den Blockzeiten anstehen.

Die SP/GB-Fraktion ist für Eintreten und wird dem Bericht und Antrag zustimmen.

Judith Luthiger als Lehrperson stört sich an den Anträgen von Peter Mattmann. Sie hat eine jahrelange Erfahrung auf dieser Lernstufe. Gerade im Hinblick auf die Blockzeiteneinführung ist es wichtig, genügend PC's zur Verfügung zu haben. Dadurch kann man die Kinder individualisieren und besser fördern. Am PC können ganz gezielte Lernformen eingesetzt werden. Es gibt entsprechende Lernprogramme, bei denen z.B. Mathematik, Deutsch oder auch die Wahrnehmung trainiert werden kann. Dadurch können gleichzeitig schwache und starke Kinder gefördert werden. Die Kinder im Kindergarten sind heute viel weiter als früher. Einige können bereits Lesen. Auch diese wollen gefördert werden. Hier bieten PC's Möglichkeiten, die Kinder sinnvoll zu beschäftigen.

Die letzte Forderung von Peter Mattmann erachtet die Sprecherin als eine Aufgabe der Schule. Die Lehrpersonen sind verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler auf Gefahren hinzuweisen. Im Unterrichtsfach Mensch und Umwelt wird den Kindern ein sinnvoller und massvoller Umgang mit Medien näher gebracht. Dort wird wohlwissend auf die Gefahren hingewiesen. Dieser Antrag versteht sich von selbst und diese Aufgabe ist bereits im Lehrplan enthalten.

Simon Konrad namens der FDP-Fraktion befürwortet es - entgegen dem Vorschlag des Kantons - dass bereits in der ersten Primarklasse PC's angeschafft werden um den Kindern den Umgang mit den elektronischen Medien zu ermöglichen. Auch die 17 PC's für die Handarbeit und die Hauswarte erscheinen aus Gründen der erleichterten internen Kommunikation sinnvoll.

Die Investitionen wurden sehr vernünftig geplant. Die Verkabelung und der Entscheid, keine Laptops anzuschaffen sind vernünftig. Die Sicherheitsmassnahmen - ein sehr wichtiges Thema - sind umfassend und die PC's sind gut geschützt. Wie bereits von der SP/GB-Fraktion erwähnt, sollte die Offerte des Kantonsspitals nach Möglichkeiten genutzt werden.

Die FDP-Fraktion hätte es lieber gesehen, wenn die technische Wartung nicht vom Kanton, der keinem Wettbewerb ausgesetzt ist, sondern von der Privatwirtschaft durchgeführt würde. Das Argument des günstigen Stundenansatzes von Fr. 104.-- zählt nur bei gleicher Effizienz. Auch würde die FDP-Fraktion es bevorzugen, keinen ICT-PC-Guru pro Schulhaus auszubilden, sondern alle Lehrpersonen im Zuge der ordentlichen Weiterbildung miteinander „upzudaten“. Die Verleitung des ICT sich stundenlang einem Problem zu widmen ist gross und es darf auf keinen Fall vorkommen, dass diese Zeit den Kindern abgeht. Die daraus resultierende Aufstockung von 0.7 Stellen nimmt die FDP-Fraktion ablehnend zur Kenntnis. Hingegen macht der pädagogische Support Sinn, das Fachwissen des Lehrpersonals ist hier gefragt und eine Leaderperson zur Koordination ist effizient.

Die FDP-Fraktion wünscht den Kindern lehrreichen Spass am Unterricht und stimmt den Bericht und Antrag einstimmig zu.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Helene Meyer-Jenni verlangt nochmals das Wort. Sie möchte eine Präzisierung betreffend der Anzahl der PC's beim Kindergarten vornehmen. Dort geht es vor allem um Arbeitsgeräte für die Lehrpersonen. Bezüglich der Abgrenzung zwischen dem pädagogischen und dem technischen Bereich kann festgestellt werden, dass die absoluten Spezialisten diejenigen vom Kanton sind. Diese haben bereits an anderen Orten „mitgespielt“ und Erfahrungen gesammelt. Deshalb wäre auch eine Übertragung an Private mit Vorsicht zu geniessen.

Die von Peter Mattmann genannten Gefahren begründen den vorliegenden Bericht und Antrag. Die Schule hat einen grossen Auftrag in diesem Bereich, insbesondere, wenn dies im Elternhaus zuwenig erfolgt. Wie das Thema Gewalt im Zusammenhang mit dem vorliegenden Bericht und Antrag steht, kann die Sprecherin nicht nachvollziehen. Sicherlich wird die Schule keine Möglichkeiten bieten, sich in gewalttätige Spiele etc. einzuklinken.

Die ausserschulische Nutzung, z.B. im Bereich Tagesschule, wird sicher geprüft.

Noldi Huber dankt im Namen der Arbeitsgruppe für die vielen anerkennenden Voten die das Grundkonzept unterstützen. Er wird versuchen, sich kurz zu fassen und auf die vorgebrachten Voten einzugehen.

Bezüglich des von Simon Konrad angesprochenen internen und externen Supports möchte er festhalten, dass man in der Sekundarstufe bald eine 10-jährige Erfahrung mit der Informatik hat. Angefangen hat man damals mit Laien, die in ihre Aufgabe „hineingewachsen“ sind. Anfänglich wurden sehr hohe Kosten für den externen Support ausgewiesen, im Verlauf der Jahre konnten diese massiv reduziert werden. Heute betragen diese nicht einmal mehr Fr. 1'000.--. Es wird auch immer behauptet, dass Informatiker heute günstiger sind. Der Sprecher hat in der Zwischenzeit noch einmal Offerten eingeholt. Bei privaten Anbietern beträgt der Stundenlohn Fr. 185.--, bei der OID Fr. 140.-- und dankt eines Sondervertrags nur Fr. 104.--. Die ausgewählten Lehrpersonen, welche sich übrigens auf diese Aufgabe sehr freuen, haben einen Stundenlohn von Fr. 65.--. Wenn man dazu noch bedenkt, dass bei diesem Preis die pädagogische Betreuung und die Weiterbildung der Lehrpersonen bereits enthalten ist, muss man einfach diese Variante wählen. Die Gemeinde hat dann fünf Profis, die intern weitere Personen weiterbilden können. Diese bringen ihr Wissen stufenweise ein.

Die Ausführungen von Judith Luthiger möchte der Sprecher dahingehend ergänzen, dass die Arbeitsplätze sicher primär für die Lehrer eingesetzt werden sollen. Das Schulzimmer ist der Arbeitsplatz des Lehrers und wenn man rasch mit den Lehrern kommunizieren will, müssen alle Lehrpersonen einen virtuellen Briefkasten haben. Bereits heute stehen in den Kindergärten PC's, welche von den Lehrkräften selber bezahlt wurden. Dort werden sinnvoll Arbeiten mit den Kindern gemacht.

Von Daniela Stutz wurde erwähnt, dass man die Investitionen auch aufs nächste Schuljahr verschieben könnte. Bereits im jetzigen Zeitpunkt gehört aber Kriens zu den Letzten und im 2007 muss die Umsetzung erfolgt sein. Insbesondere auf dem Land hat man bereits „Luxus-

lösungen“, welche für Kriens sicher nicht in Frage kommen. Aber damit ein sorgfältiger Aufbau möglich ist, muss jetzt begonnen werden.

Auch der Bewegungsmangel wurde erwähnt. Dieser ist sicher ein Problem und muss sehr ernst genommen werden. Er entsteht aber auch beim Schreiben oder Lesen. In der Schule setzt man deshalb viel Wert darauf, dass die Bewegung, aber auch andere Bereiche, wie z.B. das Musikalische nicht zu kurz kommen. Pia Zeder hat die Äusserungen von Peter Mattmann bereits relativiert. Die gesellschaftliche Entwicklung kann man nicht aufhalten. Fakt ist, dass der PC durch die Gesellschaft auch in die Schulzimmer vordringt. Deshalb muss die Schule aufzeigen, wie dieser sinnvoll genutzt wird. Es wird kein Informatikunterricht erteilt, dieser erfolgt erst in der Sekundarstufe. Aber der sinnvolle, massvolle Umgang mit diesem Werkzeug muss bereits früher vermittelt werden. Die Schule muss sich der Entwicklung anpassen und kann den PC nicht einfach ausschliessen, weil sonst auch die Schüler fernbleiben würden. Man möchte einer allfälligen Entwicklung in Bezug auf die Abwanderung der Schüler an Privatschulen entgegenwirken.

Peter Mattmanns Ausführungen betreffend der Chancengleichheit beinhalteten richtiges und wichtiges. Aber die Schlussfolgerung, in Kriens werde eine Luxusvariante umgesetzt, ist sicher falsch. Der vorliegende Bericht und Antrag zeigt eine sinnvolle Variante. Der Praktikumsleiter der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ), Jules Krummenacher, hat dem Sprecher bestätigt, dass bereits heute in den meisten Primarschulen des Kantons mit halben Klassen am PC gearbeitet wird und Kriens zu den Letzten gehört in Bezug auf die Umsetzung. Wenn die Lehrpersonen nicht mindestens mit Halbklassen arbeiten können, können sie dieses Instrument auch nicht sinnvoll nutzen. Die Erfahrung zeigt, dass Lehrpersonen den Computer gar nicht einsetzen, wenn sie nicht genügend Geräte zur Verfügung haben für einen sinnvollen Unterricht. Mit den mobilen Tischen kann dies sinnvoll realisiert werden.

Der Sprecher hat auch mit Charles Vincent, Chef des Amtes für Volksschule und Sport (AVS) telefoniert, welcher ihm bestätigte, dass der Kanton die Subvention von Fr. 100'000.-- nur ausbezahlt, wenn ein taugliches Investitionskonzept vorgelegt werden kann. Charles Vincent sagte dazu: „Um die schulischen Bedürfnisse abzudecken, empfehlen wir 4, allenfalls in kleinen Klassen 3 Geräte. Man sollte im Schulhaus mindestens mit einer Halbklassen arbeiten können. Es gibt Schulen, die als Minimalvariante pro Klassenzimmer einen PC mit Internetanschluss und zwei Laptops (Fr. 3'900.--/Klasse) angeschafft haben.“ In Kriens hat man für weniger Geld (Fr. 2'700.--/Klasse) die bessere Lösung.

Mit den von Peter Mattmann geforderten Abstrichen könnte man schätzungsweise rund Fr. 100'000.-- einsparen. Dann würde man aber das Anliegen nur ungenügend umsetzen.

Bei Stefan Meyer löst dieser Bericht und Antrag nicht nur Begeisterung aus. Die Exponenten der Volksschulbildung betonen immer, auf was für „Baustellen“ sie zu arbeiten hätten und was für ein riesiger Druck auf ihnen lastet. Nun schnallt man sich noch ein zusätzliches Betätigungsfeld an.

Es wird viel Geld investiert und der Gegenwert ist schwer zu eruieren. Es ist ein unverhältnismässiger Betrag, wenn man sich daran erinnert, mit was für einer Knauerigkeit man sich gegenüber den anderen Begehren der Schule verhalten muss. Der Sprecher ist davon überzeugt, dass das angestrebte Ziel, welches will, dass ein Schulabgänger kompetent mit diesem Medium umgehen kann, effizienter in der Sekundarstufe erreicht werden kann. Der benötigte Wissensstand kann in kurzer Zeit erreicht werden.

In finanzpolitischer Hinsicht möchte der Sprecher noch bemerken, dass der Einwohnerrat extrem auf einem Nuller-Budget bestanden hat. Nun ist man aber sofort bereit, auf dieses zu verzichten, ohne dass ein Kompensationsvorschlag aus dem Bildungsbereich vorliegt. Dieses Vorgehen ist nicht glaubwürdig.

Helene Meyer-Jenni wollte sich eigentlich nicht mehr äussern, aber die Worte von Stefan Meyer haben sie doch etwas provoziert. Stefan Meyer vergisst, dass es sich bei der Einführung der Informatik an der Primarstufe um eine Vollzugsaufgabe handelt, welche die Gemeinde Kriens als eine der letzten Gemeinden umsetzt. Es ist kein Wunschprojekt. Es können auch nicht nur die Hälfte der Schulhäuser ausgestattet werden. Am meisten schlagen sich die Verkabelung und die Betriebsbereitschaft in den Finanzen nieder. Die Geräte bilden die übrigen Investitionen. Sie würde sogar behaupten, dass die von Peter Mattmann vorgeschlagenen Reduktionen weniger als Fr. 100'000.-- ausmachen.

Was das Nuller-Budget betrifft war dies ein Auftrag des Einwohnerrats an den Gemeinderat. Der Gemeinderat hat sich bemüht und konnte dieses vorlegen. Er hat aber auch klar aufgezeigt, dass diese Investitionen gemacht werden müssen. An der heutigen Sitzung wurden die Gründe für eine sofortige Umsetzung bereits erläutert und es wurde klar aufgezeigt, dass diese kostensparender ist. Der Gemeinderat benützt keine „Hintertüren“. In Bezug auf einen Kompensationsvorschlag dürfte allen klar sein, dass ein Millionenbetrag nicht eingespart werden kann.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht weiter verlangt wird. Somit beginnt er mit der **Detailberatung**. Der Bericht und Antrag inkl. Beschlusstext wird seitenweise abgehandelt.

Peter Mattmann kann der Formulierung „Für jeden Kindergarten und jede Klasse der 1. und 2. Primarstufe werden je 1 Arbeitsplatz eingerichtet“ (siehe Seite 3 des Bericht und Antrags, Ausrüstung) nicht entnehmen, dass es sich dabei um Arbeitsplätze für die Lehrpersonen handelt. Dass die Lehrerschaft für die Erledigung und Vorbereitung ihrer Arbeiten einen PC benötigt, kann er verstehen. Dies geht aus dem Text aber nicht hervor. Die Kinder müssen auf einen massvollen Gebrauch hin erzogen werden. Deshalb sollte die erste und zweite Klasse PC-frei sein. Gegen die zur Verfügungsstellung für Lehrpersonen hat der Sprecher nichts, aber der PC darf nicht für die Kinder eingesetzt werden. Deshalb stellt er folgenden Antrag:

Der Investitions-Gesamtbetrag ist wie folgt zu reduzieren: Für jede Klasse der 3. - 6. Primarstufe werden je 2 PC-Arbeitsplätze eingerichtet. Verzichtet wird auf Arbeitsplätze im Kindergarten und in der 1. und 2. Klasse.

Noldi Huber erklärt, dass nicht jedem Lehrer ein separates Büro zur Verfügung gestellt werden kann. Die PC's stehen in den Kindergärten etc. aber nicht im Mittelpunkt sondern sind diskret irgendwo eingebaut. Der Sprecher hat grosses Vertrauen, dass die Lehrpersonen den PC sinnvoll - in erster Linie für sich - punktuell aber auch mit den Kindern einsetzen. Dort wird dies sicher nicht 20 Minuten der Fall sein. Man muss Vertrauen in die Pädagogen haben.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass man über die Anträge von Peter Mattmann abstimmt, da diese bei einer Annahme in den Beschlusstext einfließen würden. Die Gesamtkosten würden um ca. Fr. 100'000.-- reduziert.

Peter Mattmann hält an seinem Antrag fest. Es geht ihm um die prinzipielle Entscheidung, dass man in Kriens den Kindergarten und die erste und zweite Klasse Computer-frei hält. Selbstverständlich kann die Lehrperson den PC für sich selbst brauchen, jedoch nicht für den Unterricht. Die von Noldi Huber erwähnte Beschränkung ist wichtig, dann braucht es aber nicht 4 PC's für eine Klasse.

Kinder nehmen Dinge auf eine allgemeine Art und Weise wahr. Wenn der Computer einen Fünftel des Raums im Zimmer einnimmt, merken die Kinder, dass dieser einen zentralen Platz hat und erachten ihn automatisch als wichtig. Wenn die Kinder 9 Jahre lang am PC unterrichtet werden, ist es eine widersprüchliche Botschaft, zu sagen, man will einen massvollen Umgang mit dem PC erreichen. Die Vorlage fördert eindeutig die Bedeutung von Computern.

Hansruedi Kunz korrigiert, dass auf den erwähnten Stufen lediglich 1 und nicht wie von Peter Mattmann festgehalten 4 Arbeitsplätze eingerichtet werden sollen. Er lehnt den Antrag ab.

Noldi Huber bittet darum, nicht die verschiedenen Klassen durcheinander zu bringen. Hansruedi Kunz hat richtig festgestellt, dass es im Kindergarten, in der ersten und zweiten Klasse jeweils einen Arbeitsplatz geben soll. Es dürfte Diskussionen mit sich bringen, wenn man den Lehrpersonen verbieten will, den PC sinnvoll mit den Kindern gemeinsam zu nutzen.

Zu Stefan Meyer möchte der Sprecher festhalten, dass gerade wegen der erwähnten „Baustellen“ die Computer benötigt werden. Diese bestehen wirklich und sollen mit Hilfe der PC's als ein sinnvolles und massvolles Instrument bewältigt werden. Der Sprecher betont noch einmal, dass er Vertrauen zu den Lehrpersonen hat.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Diskussion erschöpft ist. Er verliest noch einmal den Antrag und lässt darüber abstimmen:

Abstimmung (1. Antrag Peter Mattmann)

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, dass aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses der zweite Antrag von Peter Mattmann „*Der Betriebskredit ist ab Budget 2007 um den dadurch eingesparten Betrag zu reduzieren.*“ entfällt. Er möchte nun über den Dritten Antrag von Peter Mattmann, welcher wie folgt lautet, abstimmen:

Die Gefahren und Nachteile der Computer-Technologie müssen im Lehrplan berücksichtigt und den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden, um sie zu einer massvollen und kritischen Nutzung dieser Technologie anzuregen.

Daniela Kiener wünscht das Wort. Sie hegt eine gewisse Sympathie für die Forderung, denkt aber gleichzeitig, dass diese - wie bereits ausgeführt wurde - im Lehrplan enthalten ist. Ist dem so? Dann könnte man sich eine Abstimmung sparen.

Noldi Huber bestätigt, dass dieses Anliegen im Lehrplan enthalten ist.

Helene Meyer-Jenni findet, dass sich dieser Antrag erübrigt. Man kann diesen im Beschlusstext aufnehmen, dies ändert aber nichts.

Hansruedi Kunz spricht sich dafür aus, dass der Antrag im Beschlusstext aufgenommen wird. Es wird ja ohnehin schon gemacht, weshalb sicher niemand opponieren würde, wenn es schwarz auf weiss festgehalten wird.

Judith Luthiger erachtet es als falsch, dass der Einwohnerrat über den Inhalt des Lehrplans abstimmen will. Dies liegt nicht in seiner Kompetenz und ist eindeutig Sache der Volksschule. Der Lehrplan ist ein Instrument in der Schule und die Lehrpersonen haben sich daran zu halten - was sie auch sehr genau tun. Auch wäre es unsinnig, dem Kindergarten zu verordnen, dass dort kein PC verwendet werden darf.

Rolf Bättig stellt einen Ordnungsantrag. Judith Luthiger ist eine Direktbetroffene. Deshalb sollte sie sich bei ihren Voten etwas zurückhalten. Bereits bei vielen anderen Geschäften hatten Personen, welche direkt betroffen waren, in den Ausstand zu treten.

Der Vorsitzende fragt Rolf Bättig an, ob er somit verlangt, dass Judith Luthiger auf der Tribüne Platz nimmt.

Rolf Bättig bestätigt dies.

Peter Schönenberger opponiert dem Antrag.

Der Vorsitzende lässt abstimmen:

Abstimmung (Ausstand)

Der Einwohnerrat lehnt es grossmehrheitlich ab, dass Judith Luthiger in den Ausstand treten soll.

Werner Baumgartner glaubt den Verantwortlichen, dass sie den Schülern einen massvollen und kritischen Umgang mit dieser Technologie vermitteln. Er ist dagegen, Überflüssiges im Beschlusstext aufzunehmen.

Helene Meyer-Jenni korrigiert sich dahingehend, dass sie vorher etwas schnell mit ihrer Aussage war, man könne den Antrag im Beschlusstext aufnehmen. Fakt ist, dass der Einwohnerrat nicht zuständig ist. Die Behörde, die für den pädagogischen Inhalt zuständig ist, ist die Schulpflege.

Der Vorsitzende hält fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen und lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmung (3. Antrag von Peter Mattmann)

Mit 14:6 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende verliest den ***Beschlusstext***:

1. Dem Projekt „Integrierter Informatikunterricht an der Primarstufe“ wird zugestimmt und die Gesamtkosten 06 von Fr. 960'000.-- genehmigt.
- 2.1. Zu den im Budget 06 genehmigten Investitionskosten von Fr. 610'000.-- wird ein Nachtrag von Fr. 290'000.-- bewilligt und der Investitionsrechnung belastet.
- 2.2. Die Betriebskosten von Fr. 60'000.-- werden als Nachtragskredit zum Budget 06 (Konto Bildung) genehmigt.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Der Vorsitzende fragt an, ob Rückkommen verlangt wird. Dies ist nicht der Fall. Somit kann die Schlussabstimmung erfolgen:

Abstimmung

Mit 23:3 Stimmen wird dem vorliegenden Bericht und Antrag zugestimmt.

Schluss

Der Vorsitzende hält fest, dass man am Schluss der Sitzung angelagt ist. Er weist darauf hin, dass am 24. Juni 2006 der Einwohnerratsausflug stattfindet - wie gewohnt in die heimatlichen Gefilde des Einwohnerratspräsidenten.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Pane e Vino (ehemals Bahnhofli). Es wurde ein neuer Turnusplan erstellt, bei dem verschiedene Wirtschaften berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um 19.55 Uhr.

Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:




Robert Thalmann

Die Stimmenzähler:



Franz Baumann



Peter Schönenberger

Der Gemeindeschreiber:



Robert Lang

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Alexandra Renggli